

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Ball und Reiz“ mit „Erdung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einmalige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Restzahlung 5.- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 12. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Kube im Lustgarten!

Und Sodenstern . . .

Gestern hat der Reichstag die Immunität des völkischen Abgeordneten Kube aufgehoben, um die Möglichkeit zu geben, daß das gegen ihn schwebende Verfahren wegen Anstiftung zum Fememorde durchgeführt werden kann.

Schon einmal haben die Vaterländischen ihre „Maffen“ aufgebieten, um für die Fürsten gegen das Volk zu demonstrieren.

Damals wurden sie in ganz Berlin ausgelacht und ausgepöffelt. Sehr gelüftet ihnen nach höherem Ruhm. Deshalb wollten sie im Lustgarten sich versammeln, nachdem vorher ihre Trüppchen durch die Straßen der Stadt gezogen sind, selbstverständlich unter ebenso starkem polizeilichen Befehl wie vor Pfingsten.

Kube ist der Mann, der neben Wulle von Grütte-Lehder mit sehr eindeutigen Angaben der Anstiftung und Begünstigung zum Fememorde an dem Leutnant Müller-Dammers begünstigt worden ist.

Sodenstern ist jener, der nach Angaben Mahrauns in einer Konferenz „vaterländischer“ Führer der Sehnsucht nach dem Kommunistenputsch Ausdruck gegeben und gefordert hat, die industriellen Unternehmer mühten hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen, damit der Kommunistenputsch leichter hervor-

gerufen werden könne. Selbstverständlich nur, damit er und sein Wikingerbund dann diesen Putsch niederschlagen und im Verfolg dessen die „nationale Diktatur“ aufrichten könnten.

Es wird wirklich eine lustige Gesellschaft im Lustgarten geben. Wir zweifeln zwar nicht, daß der Aufmarsch genau so kläglich sein wird, wie jener vor einigen Wochen, Nichtsdestoweniger aber bedeutet er eine

starke Zumutung an die Disziplin des republikanischen Berlins,

um so mehr, als die beiden Hauptredner zu den offenen Propagandisten der Diktatur und des Putsches gehören. Sodenstern, der Vertrauensmann des Wikinger und seines Oberhirten Ehrhardt, ist gleichzeitig Leiter der „Deutschen Zeitung“, die erst in der Freitag-Morgenausgabe wieder einmal ganz offen für die „Kampffront der Entschlossenen“ eintritt, die „die Kanaille nur mit der Peitsche bändigen“ will und davon spricht, daß der „Auseinandersehung, die Opfer fordert, nicht mehr auszuweichen“ ist.

Der Bürgerkriegsapostel Sodenstern und der unter dem Verdacht der Anstiftung zum Fememorde stehende Kube — die „Führer des nationalen Deutschlands“ — sollen am Sonntag die Hauptreden halten. Das ist zwar an Herausforderung gerade genug. Trotzdem aber werden die Berliner diesem Aufzug der Fürstentumme, die gewohnt sind, „nur mit der Peitsche gebändigt“ zu werden, nicht anders begegnen, als wie vor einigen Wochen: Sie werden sie auslachen!

Am Montagabend jedoch wird das arbeitende, das sozialdemokratische, das republikanische Berlin aufmarschieren, um mit einem stammenden Bekenntnis zur Republik den festen Willen zu bekunden, dem Volk zu entscheiden um Siege zu verhelfen. Und dieser Montag wird andere Massen sehen, wie die Jammercharen derer von Dels und Doorn.

manch ein offenes Wort gewagt, während Brasilien schwieg. Aber gerade diese kleinen neutralen Staaten sind es, die sich im März am schärfsten gegen Brasiliens Ansprüche und gegen seine obstruktivistische Haltung wandten.

Obwohl durch diese Note der Konflikt zwischen Brasilien und dem Völkerbund verschlimmert worden ist, so ist das letzte Wort der Regierung von Rio de Janeiro noch nicht gesprochen, ja, wie es scheint, sogar mit Absicht vermieden. Deshalb läten die Mächte gut daran, auf Polemiken zu verzichten und umgekehrt, keine diplomatischen Anstrengungen zu scheuen, um Brasiliens bis zum September wieder umzustimmen, damit es im Völkerbund bleibe und in den Rat zurückkehre.

Ganz besonders Deutschland hat keinerlei Interesse daran, daß sein Eintritt zum früheren Anlaß für den Austritt eines anderen Landes werde. Obwohl es ganz schuldlos an der Mißstimmung Brasiliens und Spaniens ist, so würde das erfreuliche Ereignis seines endlich erfolgten Eintrittes durch den Wank unerfreulicher Begleiterscheinungen beeinträchtigt werden. Das gilt besonders für Spanien, mit dem das deutsche Volk nur die besten Beziehungen zu unterhalten wünscht, aber auch für Brasilien, das sich offenkundig einer bloßen Prestigefrage wegen verrannt hat.

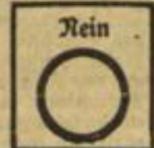
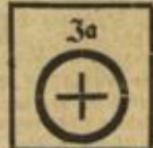
Schon wieder Pfundrekord in Paris.

Paris, 11. Juni. (TL.) Das Pfund Sterling notierte bei Börsenschluß 168,10, der Dollar 34,57.

Laß Dich nicht verblüffen!

Die Frage lautet: Bist Du für die entschädigungslose Enteignung? Du willst die Enteignung — das befristigt Du durch ein Kreuz im Ja-Feld auf dem Abstimmungsstempel. — Der Stempel muß so aussehen:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenermäßigungen Gesetz werden?



Der Papst gegen die Bischöfe.

Katholische Lehre und Fürstenteignung.

Von katholischer Seite wird uns geschrieben:

Die Kundgebung der deutschen Bischöfe ist geeignet, den katholischen Volksteil in schwere, nicht begründete Gewissensnöte zu bringen. Deshalb bedarf die Zentrumspartei zum Volksentscheid ebenso wie diese Kundgebung einer kritischen Würdigung nicht vom politischen, sondern vom religiösen Standpunkt aus.

Der christliche Eigentumsbegriff war von jeher unstritten. Aber nicht auf die Theorien der ältesten Zeit soll zurückgegriffen werden, sondern auf jene grundlegende päpstliche Kundgebung, welche gewissermaßen einen historischen Abschnitt bildet, auf die Enzyklika „Rerum novarum“ des Papstes Leo XIII. vom 15. Mai 1891, jene Kundgebung, welche ohne Zweifel als ein Markstein in dem sozialen Ringen gewürdigt werden muß.

Papst Leo XIII. stellt das Besitzrecht des Menschen über alle anderen Besitzrechte, wenn er sagt:

„Der Mensch ist älter als der Staat, und er bejah das Recht auf Erhaltung eines körperlichen Daseins, ehe es einen Staat gegeben. Daß aber Gott der Herr die Erde dem ganzen Menschengeschlecht zur Ruhestätte übergeben hat, dies steht nicht dem Sonderbesitz entgegen. Denn Gott hat die Erde nicht in dem Sinne der Gemeinheit überlassen, als sollten alle ohne Unterschied Herren über dieselbe sein, sondern insofern, als er selbst keinem Menschen einen besonderen Teil zum Besitz angewiesen, vielmehr den Fleish der Menschen und den von den Völkern zu treffenden Einrichtungen die Abgrenzung und Verteilung des Privatbesitzes anheimgegeben hat.“

Was folgt hieraus? Zunächst: das Besitzrecht des Menschen ist älter als die vermeintlichen Besitzrechte der Fürsten, die ihre Besitztümer mit dem Staate verbunden. Das Privateigentum muß eine Frucht der Arbeit sein. Nur durch Arbeit kann Privateigentum entstehen! Wer kann behaupten, daß der Fürstenbesitz eine Frucht der Fürstendarbeit sei? Wenn die Fürsten durch eigene Arbeit ihren Besitz hätten erwerben müssen, dann hätten sie in Armenhäusern, nicht in Schlössern sitzen müssen. Der Fürstenbesitz ist zustande gekommen auf dem Wege der Gewalt, mit den Blutopfern der Völker und zu einem geringen Teil auch durch Schenkungen. Keines von diesen aber begründet nach der klaren Lehre Leos XIII. Privatbesitz.

Eine dritte Folge: der Papst anerkennt ausdrücklich, daß den Völkern durch die zu treffenden Einrichtungen die Abgrenzung und Verteilung des Privatbesitzes anheimgegeben ist. Selbst wenn also ein „Privatbesitz“ zustande gekommen wäre, so ist ausgesprochen, daß die Völker das Recht haben, die Abgrenzung und Verteilung zu regeln. Wie viel mehr besteht dieses Recht, wenn Privatbesitz nicht in Frage kommt. Es kann also keine Rede davon sein, daß der Katholik im Gewissen verpflichtet sei, gegen die Enteignung der Fürsten zu stimmen oder sich der Abstimmung zu enthalten.

Die päpstliche Lehre erschöpft sich aber nicht in diesen Grundfragen. Eines ihrer wesentlichsten Bestandteile ist die Frage der Verwendung des Privateigentums. Die katholische Lehre verlangt ausdrücklich die Verwendung des Besitzes mit Rücksicht auf die letzten Ziele. Leo XIII. sagt: „Frage man nun, wie der Gebrauch des Besitzes beschaffen sein müsse, so antwortet die Kirche mit dem hl. Thomas: „Der Mensch muß die äußeren Dinge nicht wie ein Eigentum, sondern wie gemeinsames Gut betrachten und behandeln, insofern nämlich, als er sich zur Mitteilnahme an Notleidende leicht verstehen soll. Es ist seliger geben, als nehmen.“

Die Fürsten scheinen allerdings der Ansicht zu sein, daß nehmen mehr Anwartschaft auf die Seligkeit gibt als Geben. Gerade die unmoralische Verwendung des Besitzes verpflichtet dennoch den Katholiken, dafür zu sorgen, daß dieser Besitz wirklich für die Notleidenden verwendet wird.

Leo XIII. geht noch weiter. Aus vier Thesen der Enzyklika ergibt sich klipp und klar, daß für den Katholiken nicht nur kein Hindernis, sondern die Pflicht besteht, für die Enteignung zu stimmen. Erstens: der Papst verpflichtet den Staat, für die notleidenden Familien zu sorgen:

„Wenn sich eine Familie in äußerster Not und in verzweifelter Lage befindet, daß sie sich in keiner Weise helfen kann, so ist es der Ordnung entsprechend, daß staatliche Hilfeleistung eintrete. Die Familien sind eben Teile des Staates. Ebenso hat die öffentliche Gewalt einzugreifen, wenn innerhalb der häuslichen Mauern erhebliche Verletzungen des gegenseitigen Rechtes geschehen: Uebergriffe in Schranken weisen und die Ordnung herstellen, heißt dann offenbar nicht die Befugnisse der Familie und die Individuen an sich reißer; der Staat befristigt in diesem Falle die Befugnisse der Einzelnen, er zerstört sie nicht.“

Es bedarf keines Beweises, daß heute Tausende von Familien sich „in äußerster Not und in verzweifelter Lage befinden“. Die Verpfändung des Staates zur Hilfe steht fest — aber ihm fehlen selbst die Mittel. Der Fürstenbesitz hebt ihn in die Lage, helfend zuzugreifen. Die Schaffung des Fürstenbesitzes war Verletzung des gegenseitigen Rechtes, wie oben ausgeführt wurde. Diese Uebergänge müssen jetzt in die Schranken gerufen, die Ordnung muß hergestellt werden, um die Worte des Papstes zu gebrauchen. Wenn je, so motiviert die heutige Not das Enteignungsrecht zugunsten der Allgemeinheit, obwohl streng juristisch von einer Enteignung gar nicht gesprochen werden kann, da kein Privateigentum zustande gekommen ist.

Zweitens: der Staat hat die Pflicht, das Gemeinwohl zu fördern. „Die Beihilfe, die vom Staate zu erwarten wäre“, sagt Leo XIII., „besteht zunächst und im allgemeinen in gesetzlichen Verordnungen und Einrichtungen, die eine geordnete Entwicklung des Wohlstandes befördern... Nichts geht den Staat seinem Wesen nach näher an, als die Pflicht, das Gemeinwohl zu befördern, und je wirksamer und durchgreifender er es durch allgemeine Maßnahmen tut, desto weniger brauchen anderweitige Mittel zur Besserung der Arbeitsverhältnisse aufgefunden zu werden.“ Aus dieser Lehre des Papstes folgt geradezu die Verpflichtung des Staates, in den Fürstenbesitz einzugreifen: „Droht der staatlichen Gesamtheit oder einzelnen Ständen ein Nachteil, dem nicht anders abzuhelfen ist, so ist es Sache des Staates einzugreifen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Drittens: der Staat hat die besondere Pflicht, die Notleidenden zu schützen und zu stützen. Leo XIII. führt aus: „Der Staat muß beim Rechtshilfszug zugunsten der Privaten eine besondere Fürsorge für die niedere, unvermögende Klasse sich angelegen sein lassen.“ Den Papst leitet dabei folgender Gedankengang: „Wenn diesen niederen Klassen Aussicht gegeben würde, bei Fleiß und Anstrengung zu einem kleinen Grundbesitz zu gelangen, so müßte allmählich eine Annäherung zwischen den zwei Lagern von Staatsbürgern stattfinden; es würden die Gegensätze von äußerster Armut und angehäuftem Reichtum mehr und mehr verschwinden. Es würde dabei zugleich der Ackerbau ohne Zweifel gewinnen... Als dritter Vorteil ist zu nennen die Stärkung des Heimatgefühls.“ Daraus folgt, daß wirklich nationale Erwägungen sogar das Votum für den Volksentscheid begründen!

Viertens: „Der Staat kann“, so sagt der Papst, „den Gebrauch des Eigentums regeln und es mit den öffentlichen Interessen in Einklang bringen.“ Nichts anderes will die Fürstenenteignung: Regelung des Gebrauchs des Eigentums und seine Uebereinstimmung mit den öffentlichen Interessen!

Daraus folgt mit zwingender Notwendigkeit: nach der katholischen Lehre ist die Enteignung nicht nur zulässig, sondern geradezu geboten, geboten als Pflicht des Staates. Nur politische oder parteipolitische Rücksichten können einen davon abweichenden Standpunkt erklären, aber nicht verständlich machen. Gerade die Katholiken aber haben in ganz Deutschland mit der Monarchie nicht die besten Erfahrungen gemacht.

Hätte der soziale Papst Leo XIII. heute noch eine Enzyklika zu schreiben, sie würde anders lauten als die Kundgebung des Episkopats und die Hirtenbriefe der bayerischen Bischöfe, anders als der Beschluß des Zentrumsparlamentes, anders als die Entschließung des Augustinusvereins. Hätte er die Not der Nachkriegszeit erlebt, er hätte sich ohne Zweifel im Sinne und in Konsequenz der Enzyklika *Reverentiam* novarum für die Enteignung der Fürsten, besser für die moralische Verwendung eines fiktiven Besitzes zugunsten der Notleidenden, des darbenenden Volkes, ausgesprochen.

Proteste gegen den Hirtenbrief.

Köln, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat, wie zu erwarten war, die Opposition der rheinischen Zentrumsprelle gegen die offizielle Parteiparole nahezu zum Schweigen gebracht. Um so rühriger aber wehren sich jetzt die christlich organisierten Arbeiter, die, nachdem ihnen offenbar die Zentrumsprelle ihre Spalten nicht mehr zur Verfügung stellt, nunmehr das in Würzburg von Titus Heller herausgegebene christlich-soziale Blatt „Das neue Volk“ in Massen unter ihre Anhänger werfen.

In der neuesten Nummer dieses Blattes, das jetzt auch in Köln eine eigene Geschäftsstelle hat, wird eine scharfe Sprache gegen die Bischöfe und gegen die Zentrumsprelle geführt und gefragt, warum die Bischöfe, die jetzt, wo die Fürstenforderungen abgewehrt werden sollen, auf den Plan erschienen, sich nicht gewehrt hätten, als durch die Inflation fromme Stiftungen beseitigt wurden. Die Kirche sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von den Fürsten enteignet und bestohlen worden. Das, was die Fürsten jetzt verlangen, sehe sich zum großen Teil aus Gütern und Vermögen zusammen, die die Fürsten der Kirche gestohlen hätten. Besonders scharf geht das Blatt auch mit dem katholischen Volksvereinsvorlag in München-Blabach ins Gericht, dem vorgeworfen wird, daß er zwar Broschüren gegen den Volksentscheid vertreibt, aber nichts getan habe, als das Eigentum von Hunderttausenden, das in der Inflation verloren gegangen sei, bei der Erledigung der Aufwertungsfrage hätte geschützt werden sollen. „Warum“, so fragt das Blatt, „haben die Zentrumszeitungen nicht den hundertsten Teil ihrer Linie verschrieben, als es sich um das Privateigentum der Armen und Kleinen handelte? Warum waren sie nicht gegen den völkischen Diebstahl und die himmelschreiende Sünde der Enteignung des Arbeiters?“

Die Erregung über die Taktik des Zentrums in der Frage des Volksentscheids hat schließlich dazu geführt, daß die Kölner Ortsgruppe der Christlichsozialen Volkspartei, die ebenfalls mit Entschiedenheit für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintritt, in den letzten Wochen eine außerordentlich starke Zunahme erfahren hat.

Arnim, der Befreier.

Er will die Arbeiter einschüchtern lassen.

Der folgende Brief ist, wie wir der „Voss. Zeitung“ entnehmen, einem Berliner Industriellen zusammen mit einer gegen den Volksentscheid gerichteten Broschüre zugegangen:

München, den 31. Mai 1926.

Euer Hochwohlgeboren

erlaube ich mir mit gleicher Post eine Broschüre zur Massenerweiterung noch vor dem entscheidenden Tag der Fürstenabstimmung zu senden. Ich habe mit Unterstützung einiger nationaler Männer von den besten eine Auflage von zunächst 100 000 Stück drucken lassen und bitte nun, Ihrerseits dafür Sorge zu tragen, daß durch geeignete Persönlichkeiten aus dem Arbeiterkreise diese Hefte in die Massen geleitet werden können. In kleineren Betrieben hat diese Art von Propaganda bereits große Erfolge gezeigt und scheint es sich zu empfehlen, schon jetzt Gerüchte in Umlauf zu setzen, daß alle die Leute, die in die Abstimmungslokale hineingehen werden, von Seiten der Arbeitgeber und anderen Vereinigungen aufgegriffen werden, um sie später als Sozialdemokraten und Kommunisten brandmarken zu können. Besonders viele Frauen haben schon erklärt, daß sie unter diesen Umständen nicht abstimmen werden.

Euer Hochwohlgeboren wollen nun die Güte haben, möglichst auch in den besprochenen Werken diese Arbeit zu propagieren und große Bestellungen dieses Heftes zu veranlassen. Sollte Ihnen eine Verteilung nicht möglich sein, so ist auch mit einer Geldspende gedient, so daß wir sie schon jetzt Stellen, die nicht zahlen können, zu verbilligtem Preise oder kostenlos liefern können.

Der im Staatsdienst Erblindete an der Kalwerstraat in Amsterdam aber ist lebend geworden, denn er hat sicherlich erkannt, was vom „Dank des Vaterlandes“ zu erwarten ist.

Daß er sich mit seinem Streichholz-Verkaufstaschen und dem Schild darüber gerade am „Königlichen Palast“ in Amsterdam aufstellt, beweist, daß er Sinn für politische Satire hat.

Ich bitte hiermit recht freundlich die trefflichen Zeichner unseres holländischen „Lachen links“, des „Rotenkrater“ (Rustknacker zu deutsch), sich dieses Motiv nicht entgehen zu lassen.

Die Worte „im Staatsdienst erblindet“ können jeden Tag auf zahlreiche bürgerliche Minister aller Länder einschließlich hollands angewandt werden, und es wird immer hoch aktuell sein.

Zeichnet das Bild vom „Bettler von der Kalwerstraat“ und ihr braucht ihm nur je nach der Zusammensetzung des jeweiligen Kabinetts einen anderen Ministerposten aufzusetzen und darunter die Worte zu setzen: „Im Staatsdienst erblindet!“

Die Lokomotive der Zukunft.

Solange es Eisenbahnen gibt, besteht auch das Bestreben, sie zu verbessern, wirtschaftlicher und leistungsfähiger zu gestalten. Zweifelloso ist in hundertjährigem Bemühen auf diesem Gebiete sehr viel erreicht worden. Schon der äußere Vergleich zwischen einer alten Zugmaschine und einer modernen Heißdampflokomotive zeigt, wech langer Weg hier zurückgelegt wurde. Aber trotzdem lieben unsere wirtschaftlich denkenden Techniker selbst die schönste Dampflokomotive nicht allzu sehr. Unsere Kolbendampflokomotiven sind wahre Verschwender der kostbaren Brennstoffe. Von 100 Wärmeinheiten, die dem Kessel zugeführt werden, leisten nur 3 bis 7 mechanische Arbeit, d. h. 93 bis 97 Wärmeinheiten gehen ungenutzt verloren. Bei der Turbinenlokomotive, die sich auch noch immer im Versuchsstadium befindet, beträgt der Verlust etwa 85 Wärmeinheiten von 100. Den besten wärmetechnischen Wirkungsgrad besitzt die Diesellokomotive, die bereits 25 bis 30 Wärmeinheiten von 100 ausnützt. Sie hätte sich längst rücksichtslos durchgesetzt, wenn das Dieselfeld nicht so teuer wäre.

Welche Mengen von Brennstoff bei dem bisherigen Dampftrieb ungenutzt veran werden, ersieht man daraus, daß z. B. die frühere preussisch-hessische Eisenbahn einen Kohlenverbrauch von 11 Millionen Tonnen im Jahre hatte, und daß unter Zugrundelegung des Wirkungsgrades der besten Kolbendampflokomotive davon nicht weniger als 10 1/2 Millionen nutzlos verpufften.

Mit der Verwendung der Diesellokomotive ist nun ein ganz neuer Weg zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Lokomotivbetrieb beschritten worden, der jedoch erst dann zum Ziele führen wird, wenn es gelingt, Großdiesellokomotiven für Dauerbetrieb auf langen Strecken zu schaffen. Auch die Deutsche Reichsbahn beschäftigt sich jetzt eingehend mit diesem Problem. So wird gegenwärtig eine Maschine erprobt, die 1200 Pferdestärken leistet. Es handelt sich hier um eine Dieseldiesellokomotive, bei der die Kraft des Dieselmotors durch eine elektromagnetische Reibungskuppelung auf ein dreigängiges Getriebe übertragen wird, das auf eine Blindwelle wirkt, die durch Schubstangen die Treibachsen bewegt. Diese Ma-

Da jede andere Propaganda, besonders der nationalen Parteien, nur die entgegengesetzte Wirkung hat, dürfte dies das einzige Mittel sein, die Katastrophe vom 20. Juni und durch sie die allgemeine bolschewistische Enteignung abzuwenden. In diesem Abwehrkampf müssen wir Seite an Seite stehen und jeder leisten, was er kann. Ich betone, daß es sich nicht etwa um die geschäftliche Ausbeutung eines Bücherertrags handelt, sondern daß alle eintommenden Gelder für die Sache aufgewendet werden.“

Unterschieden ist der Brief von dem Hauptmann a. D. im ehemaligen zweiten Garderegiment z. B. v. Arnim.

Der preussische Hauptmann ohne Beschäftigung hat inzwischen gelernt, wie man Geschäfte macht. Der Bolschewisten-schreck hat sich bei vielen Unternehmern noch immer als geeignet erwiesen, das gewünschte Kleingeld locker zu machen. Arnim weiß das so gut wie Vorfis.

Aber beide kennen die Arbeiter und Arbeiterfrauen schlecht. Dieser systematische Versuch, sie mit späterem Terror einzuschüchtern, wird nur den Erfolg haben, noch größere Massen ins Abstimmungsstotal zu bringen. Jeder, der der Abstimmung fern bleibt, wird in den Augen der organisierten Arbeiter als ein Verräter an ihrer und der Sache der Republik erscheinen. Die Abstimmung ist geheim. Aber jeder, der fern bleibt, bekundet damit sein Einverständnis mit den Monarchisten. Er zeigt sich dadurch als ein Feind der Republik und der Arbeiterbewegung.

Auch unsere Genossen werden Listen führen. Mögen sich diejenigen, die aus Feigheit fernbleiben, bei den Organisatoren des monarchistischen Terrors bedanken, wenn ihnen später der Jörn der arbeitenden Masse auch geschäftlich und im Arbeitsverhältnis fühlbar werden sollte!

Parteipolitische Filmzensur.

Der Film „Keinen Pfennig den Fürsten“ verboten!

Der von der Firma Uster-Film-Co., Berlin, hergestellte Propagandafilm „Keinen Pfennig den Fürsten“, der von Freitag ab in verschiedenen Lichtspielhäusern zur Vorführung gelangen sollte, wurde von der Filmprüfstelle verboten. Die schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. Wir erfahren hierzu folgendes:

Die Kammer der Filmprüfstelle unter dem Vorsitz des Regierungsrats Wildner hatte gestern über die Zulassung des Bildstreifens „Keinen Pfennig den Fürsten“ zu entscheiden. Als Beisitzer fungierten die Herren Böttger (Filmindustrie), Wagner (Kunst und Literatur), Barant und Barnewitz (Volkswohlfahrt). Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung hatte den Oberregierungsrat Mülleneisen als Sachverständigen entsandt. Dieser gab nach der Vorführung zunächst sein Gutachten dahin ab, daß er keine Bedenken sähe, den Film in den Kinos zeigen zu lassen, und gab auf die Fragen des Vorsitzenden den Bescheid, daß die in dem Film angegebenen Summen betreffend die Renten der ehemaligen Fürsten, so weit er sie amtlich nachprüfen konnte, den Tatsachen entsprechen. Der Filmtitel, auf den sich die Fragen des Vorsitzenden bezog, lautet wie folgt: „Von der Republik beziehen Rente: Wilhelm in Doorn täglich 1670 M.; der Großherzog von Mecklenburg täglich 1100 M.; der Herzog von Meiningen täglich 1400 M.; die Großherzogin von Weimar täglich 280 M.“

Die Kammer beauftragte diesen Filmtitel mit der Begründung, daß er beim Publikum einen „falschen Eindruck“ hervorzurufen müßte. Denn der ehemalige Kaiser z. B. verwerde ja die Rente von täglich 1670 M. nicht für sich allein, sondern müsse davon die sämtlichen Mitglieder des früheren Kaiserhauses und deren Familien unterhalten. Ebenso sei es bei den anderen Fürsten. Dieses müsse in dem Filmtitel unbedingt zum Ausdruck gebracht werden.

Der Hersteller des Films, Genosse Adolf Uster, wandte dagegen ein, daß es lediglich auf die Tatsache ankomme, daß die ehemaligen Fürsten die angegebenen Renten beziehen. Was die Herrschaften mit dem Gelde machten, sei ihre Privatangelegenheit. Es stehe nicht zur Frage, wieviel Kinder, Lakaien, Hofmarschälle, Chauffeurs usw. sie zu unterhalten hätten. Es ständen ja den ehemaligen Fürsten resp. den Prinzen außerdem noch sehr bedeutende

„Im Staatsdienst erblindet.“

Von Max Ed-Troll.

Im Zentrum von Amsterdam. In der Ecke der Kalwerstraat, 1er Friedrichstraße dieser holländischen Großstadt. Gerade gegenüber blinken die bliglant gepugnen großen Feisterscheiben des „Königlichen Palastes“, wo „Wilhelmintje“ selten wohnt, denn sie bevorzugt den Haag, steht ein alter Mann mit einem kleinen Holzstäbchen um den Hals gehängt. In dem Kasten sind Streichhölzer.

Um den Hals herab über die schmale Brust hängt ihm noch ein kleines Brett, auf dem in ziemlich primitiver Schrift, aber deutlich lesbar die Worte geschrieben sind:

„Im Staatsdienst erblindet!“

Das Bild stimmte mich nachdenklich. Ich blieb stehen, ging dann zu dem Armen, um ihm eine Schachtel abzukaufen.

Beim Weitergehen nach der Keizergracht löste dieses Bild der Armut, der Undankbarkeit des Staates gegen seine Arbeiter und kleinen Beamten eine Reihe feinerlicher Gedanken aus, die noch lange in mir nachklangen.

„Im Staatsdienst erblindet!“

Und ein Gespräch mit einem höheren deutschen Eisenbahnbeamten, das ich vor Jahren geführt hatte, kam plötzlich wieder in mein Gedächtnis.

Ich sehe unruhlich den Beamten klar und deutlich vor mir bis in die letzte Einzelheit seines Aeußeren.

Der Beamte war ein hoch talentierter Musiker. Ich fragte ihn daher: „Ist bei Ihrem Talent der Beamtenberuf nicht zu einseitig?“

Ich beobachtete, wie ein Zug der Traurigkeit seine Rundwinkel verzerrt.

„Sie haben recht!“ sagte er wehmütig, „des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr, das tägliche Wählen in Akten, das Jonglieren mit sinnwidrigen Paragraphen ersetzt jedes eigene Ich. Man wird Automat! Die langweiligen und doch so notwendigen Paragraphen — denn wie denken Sie sich, daß die Welt regiert werden sollte — ertönen jede eigene Regung. Selbst der früher leidenschaftliche Hang zur Musik ist in mir erloschen. Paragraphen machen eben blind!“

„Paragraphen machen blind!“

Alles wird eingeordnet in die Kartothek, den Katalog der Paragraphen. Ausnahmen von der Regel darf es nicht geben.

Der „gute“ Beamte muß so denken und entsprechend handeln, wenn er bei seinen Vorgesetzten gut angeschrieben sein will.

Er ist nicht nur blind, er ist auch taub gegen alles Menschliche, das den Paragraphen und Verfügungen fremd ist.

Und während ich im Schatten frischgrüner Ulmen der Amsterdamer Straßen dahinwandle, wird mir klar:

„Es gibt viele tüchtige Menschen, die im Staatsdienst erblindet sind, trotzdem sie körperlich ohne Brille auf einer Entfernung von einem Meter Nonpareille-Buchstaben gut lesen können.“

chine hat im Dauerprobetrieb durchschnittlich eine Ausnutzung des Treiböls von 17 Proz. ergeben, die teilweise sogar noch erheblich überschritten wurde. Trotdem sind die Ingenieure mit dieser Maschine nicht zufrieden. Sie hoffen durch erhebliche Herabsetzung des Rotorgewichtes bei gleichbleibender Leistung zu wesentlich besseren Ergebnissen zu gelangen. Die Dieseldiesellokomotive hat sich der sogenannten „dielelektrischen“ Lokomotive jetzt schon überlegen gezeigt. Bei der letzteren wird die Kraft des Dieselmotors in elektrische Energie umgewandelt, die nun erst die Lokomotive treibt. Sie erreicht aber nur einen Wirkungsgrad von etwa 20 Proz.

Der große Vorteil der Diesellokomotive liegt vor allem in ihrer Unabhängigkeit von irgendwelchen Kraftstationen, Umformerwerken und Fernleitungen, die den elektrischen Betrieb belasten. Der Hauptnachteil der elektrischen Zugbeförderung besteht ja eben darin, daß, neben den hohen Beschaffungskosten der Gesamtanlage, ergo dem technischen Verlagen ganze Linien mit einem Schlag stillgelegt kann. Im übrigen wird natürlich bei der Fortentwicklung des Eisenbahnwesens von Fall zu Fall entschieden werden müssen, welche Betriebsart die jeweils beste ist. Trotdem aber gewinnt es den Anschein, als ob das Sterbeglocklein der Dampflokomotive geschlagen habe, die uns seit der Geburtsstunde der Eisenbahn eine so treue Dienerin war.

Zwei Kaiserbriefe zum Volksentscheid.

Napoleon III. an Wilhelm I. Mein lieber Bruder!	Wilhelm II. an seinen Sohn. Lieber Junge!
Da es mir nicht vergönnt war, an der Spitze meiner Truppen zu fallen, lege ich hierdurch meinen Degen in die Hände Ew. Majestät.	Da der Feldmarschall mir meine Sicherheit hier nicht mehr gewährleisten kann und auch für die Zuverlässigkeit der Truppen keine Bürgschaft übernehmen will, so habe ich mich entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen.
Sedan, den 1. 9. 1870.	Spa, den 9. 11. 1918.

Der Schutz der Seevögel. In London hat eine internationale Konferenz begonnen, die unter dem Vorsitz des englischen Schriftstellers H. de Vere Stacpoole stattfindet und von Rechtsgelehrten und Marinefachverständigen besucht ist. Der Zweck dieser Konferenz ist, internationale Richtlinien aufzustellen, durch die öfsevernden Schiffe gezwungen werden sollen, bestimmte Aflaranlagen in den Deltants einzubauen, um so die Verunreinigung des Wassers mit Del zu verhindern. Durch das mit Del verunreinigte Wasser werden alljährlich Hunderttausende von Seevögeln vernichtet, da erfahrungsgemäß gerade in den Hafensflähen, wo die Deltants aufgefüllt und gereinigt zu werden pflegen, diese Vögel zu Hunderten die anlegenden Schiffe umschwärmen und ein Opfer der ölgetränkten Flut werden.

Eine Station für deutsche Dialektforschung in Wien. In Verbindung mit dem böhmischen Laboratorium in Wien ist eine mit Regierers- und Apparaten vollkommen ausgestattet, nach der graphischen Methode arbeitende Station für deutsche Dialektforschung errichtet worden. Eine ähnliche Station für slawische Sprachen arbeitet dort bereits.

Einkünfte aus den Befähigungen, z. B. Dels, Musterhausen, Flatow-Krojanke usw., zur Verfügung. Und nebenbei die sehr ansehnlichen Renten aus dem von ihnen früher bekleideten militärischen Rang. Der betreffende Filmmittel müsse, sofern die Prüfstelle bei ihrer Forderung bleibe, dementsprechend erweitert werden.

Die Kammer fällt nach kurzer Beratung das oben erwähnte Urteil. Hiergegen hat die herstellende Firma sofort Beschwerde eingelegt, so daß nunmehr die Oberprüfstelle unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Seeger über den Film zu entscheiden hat.

Das Urteil der Filmprüfstelle ist selbstverständlich unhaltbar. Nach den gesetzlichen Vorschriften kann allerdings ein Filmmittel beanstanden und seine Forderung verlangt werden. Wegen eines Filmmittels aber den ganzen Film zu verbieten, ist unstatthaft. Zweifellos wird die Oberprüfstelle in diesem Sinne entscheiden. Bis diese Entscheidung gefallen und der Film freigegeben ist, vergehen aber mindestens einige Tage. Morgen in einer Woche ist der Tag des Volksentscheids. Mit anderen Worten: den Anhängern der entschädigungslosen Fürstenabfindung wird ein wertvolles Propagandamittel entzogen. Diese Art von Filmzensur aus offensichtlich parteipolitischen Erwägungen ist so skandalös, daß gegen sie aufs energischste Front gemacht werden muß.

13.

Dreizehn Kommunisten stimmen für den kommunistischen „Misstrauensantrag“.

Wie haben gestern früh die bevorstehende Abstimmung über den kommunistischen sogenannten Misstrauensantrag als „politisch gänzlich belanglos“ bezeichnet.

Gestern gegen 3 Uhr nachmittags hat nun die Abstimmung über diesen Antrag stattgefunden. Anwesend waren dabei 13 (dreizehn) von den 45 kommunistischen Abgeordneten, 32 fehlten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat also mit mehr als Zweidrittelmehrheit unsere Auffassung als richtig bestätigt.

Die Not steigt.

Kein Nachlassen der Krise.

Amlich wird gemeldet: Die Statistik der Erwerbslosenfürsorge in der zweiten Halbjahr läßt nennenswerte Veränderung des Arbeitsmarktes nicht erkennen. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 425 000 auf 1 421 000 gefallen; die der weiblichen von 318 000 auf 324 000 gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) von 1 763 000 auf 1 754 000 zurückgegangen.

Der geringe Rückgang der Anzahl der männlichen Unterstützungsempfänger ist keineswegs auf eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Wie aus den Berichten der Landesarbeitsämter hervorgeht, dauert die Krise mit unverminderter Schärfe an. Die geringe Abnahme der Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger dürfte vielmehr eine Folge der langen Arbeitslosigkeit sein, d. h. die Erwerbslosen verlieren dadurch immer mehr das Recht auf Unterstützung. Bei den weiblichen Erwerbslosen ist sogar eine Zunahme von 6000 Unterstützungsempfängerinnen eingetreten.

Diese kurzen Zahlen enthüllen nur unvollkommen die fürchterliche Not der Millionen, die heute erwerbslos oder auf Kurzarbeit gestellt sind. Diese Not ist eine schwere Anklage gegen unsere sogenannten Wirtschaftsführer, die kein Geld haben, um den Arbeitern auskömmliche Löhne zu zahlen, und dadurch deren Kaufkraft und den Absatz zu steigern, die aber immer noch Geld haben, damit den Fürsten drei Milliarden geschenkt werden.

Die Abstimmung am 20. Juni gilt auch den Arbeitslosen!

Gegen die Willkür der Kartelle.

Beratungen im volkswirtschaftlichen Reichstagsausschuß.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Freitag die große Debatte über die Kontrolle der Kartelle geführt. Trotz deutschnationalen Einspruchs beschloß der Ausschuss, nunmehr die Verhandlung nicht aufzuschieben. Zur Begründung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Entschließung legte Genosse Krähig dar, daß schon 1900 und 1902 ein Antrag der früheren Rationalliberalen Partei eingereicht worden sei, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine sachgemäße Reichsaufsicht für solche Kartelle oder Syndikate eingeführt werde, deren Geschäftsgabern einen nachweislich monopolistischen Charakter angenommen habe. Jetzt, wo diese Kartellgefahr weit größer sei, sträube man sich gegen die schon damals geforderte Reichsaufsicht. So wie bisher gingen aber die Dinge nicht mehr weiter. Das Hauptmotiv der Kartelle für ihr wirtschaftsfeindliches Verhalten sei die Erhöhung des Geschäftsgewinns. Daher das Streben nach Monopolmacht mit dem brutalen Kampf gegen die Außenwettbewerber. Dabei kämen fast immer besonders die Arbeiter am meisten zu Schaden. Ganz besonders bedroht würden diese durch die Maßnahmen der Trusts. Betriebsstillegungen würden vorgenommen, kein Hahn aber träge danach, was aus den Arbeitern wird. Dazu komme neuerdings der Lohndruck, der von der kartellierten Industrie unternommen werde. In Nürnberg-Gürtel habe man 25 000 Angestellten gekündigt, um ihnen von ihrem Jahreslohn 25 Millionen abzuziehen. Zudem verlange man eine unermesslich lange Arbeitszeit von ihnen. Wollte man sparen, dann solle man die Gehälter der Direktoren und Generaldirektoren abbauen. Gehälter von 650 000 Mark für einen Generaldirektor seien in der heutigen Zeit geradezu ein öffentlicher Skandal. Wir könnten nicht eine Profitswirtschaft aufrecht erhalten, bei der Hunderttausende von Familien zugrunde gehen. Man spreche immer von einer Amerikanisierung der Produktion, aber kein Wort sei zu hören von Bestrebungen zur Amerikanisierung des Verbrauchs. Die ungeheure wirtschaftliche Ueberlegenheit der amerikanischen Industrie beruhe aber in erster Linie auf der Vorbereitung und Erhaltung einer starken inländischen Kaufkraft. Dem neuen Eisentrust werfe man vor, daß er durch Ueberwertung der Anlagen 320 Millionen zu viel extragnachwendendes Kapital eingestellt habe. Wenn er auf einen reinen Reichtum von 10 Proz. hinarbeite, so bringe ihm das den Uebergewinn einer jährlichen Kapitalsumme von 32 Millionen Mark ein. Schon jetzt werde angekündigt, daß auch von der Internationalisierung der eisenzeugenden Industrie keine Verbilligung zu erwarten sei. Eine erzieherische Tätigkeit der Kartelle in der Richtung einer Ruhbarmachung gesunder und Abkämpfung schlechter Organisationsgedanken sei nur möglich, wenn das Tun und Treiben der Kartelle durchsichtig gemacht werde. Wir verlangten daher eine beschränkte Publizität durch das Kartellregister und ein unabhängiges Kartellamt ähnlicher Art, wie es in dem neuen norwegischen Kartellgesetz in dem Kontrollkomitee bestehe. Notwendig sei, auch gegen die Monopolfirmen, die sogenannte Markenartikel herstellen, vorzugehen. Die Wirksamkeit der Kartellkontrolle müsse in einem

Vertagung des Reichstags.

Letzte Sitzung vor dem Volksentscheid.

Zu Beginn der gestrigen Reichstagsitzung nahm Präsident Löbe auf die Vorgänge in der vorigen Sitzung Bezug. Eine nachträgliche Einsicht des Stenogramms habe ergeben, daß eine Reihe unparlamentarischer Zursufe gemacht worden sei. Er rief deshalb die Abg. Künstler und v. Ramin zur Ordnung. Der Abg. Dr. Rosenfeld habe einen ordnungswidrigen Zursuf wiederholt. Bei dem großen Lärm sei das vom Präsidenten nicht gehört worden, auch das Stenogramm enthalte nichts darüber. Abg. Rosenfeld habe die Wiederholung zugegeben, erkläre jedoch, daß er den ihm erteilten Ordnungsruf ebenfalls nicht gehört habe. Da die Kommunisten diese Erklärung des Präsidenten mit Lachen begleiteten, betonte der Präsident, daß die Wiederholung eines gerügten Zwischenrufes besonders unzulässig sei.

Der Gesetzentwurf zur Durchführung der Pariser Vereinbarungen über Luftfahrt wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Vor der Abstimmung über den Misstrauensantrag der kommunistischen Fraktion erklärt

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Ich habe für meine Fraktion zu erklären, daß wir durch unsere eigene Erklärung Stellung genommen haben zu dem Inhalt des Antrages und im übrigen einverstanden sind mit der Erklärung, die gestern die Abgeordneten v. Guérard und Koch-Besler abgegeben haben. Meine Fraktion wird sich deshalb bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten. (Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Der Antrag wird darauf bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Verkehrsausschusses über eine Entschließung des Reichshaushaltsausschusses betr. Anforderung der zum Bau des

Clippe-Seitenkanals

von Hamm bis Pippstadt notwendigen Mittel im Reichshaushaltsplan für 1927. Der Ausschuss beantragt eine Entschließung, wonach bei dem aufzustellenden Kanalprogramm dieser Seitenkanal entsprechend berücksichtigt und die Reichsregierung um eine Erklärung darüber zu ersuchen, auf welche Weise sie die Gewährung von Krediten für Schiffsbauten der Binnenschifffahrt fördern solle, eine entsprechende Vorlage darüber soll dem Reichstag unterbreitet werden. Das Haus stimmt nach kurzer Aussprache dem Ausschussantrag zu.

Einige Anträge aus dem Hause, die den Ausbau einer Reihe von Eisenbahnstrecken verlangen, werden der Regierung überwiesen. In der kurzen Aussprache wird besonders auf die Notwendigkeit der Vervollendung der Bahn Münster-Dortmund hingewiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Ueber die Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses berichtet

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.):

Die Vorlage sieht für diesen Zweck die Abführung von 60 Millionen durch die Reichsgetreidestelle an das Reich vor. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen davon 35 Millionen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen, 15 Millionen zur Förderung der Landwirtschaft und Siedlung und zur Anfahrtsmachung von Land- und Industriearbeitern, 10 Millionen für sonstige Maßnahmen, insbesondere für den Garten-, Obst- und Gemüsebau verwendet werden. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Behrens (Dnat.) wird die Vorlage noch einmal an den Ausschuss zurückverwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Löbe beurlaubt 3,35 Uhr auf eine Viertel Stunde später eine

neue Sitzung

zur Erledigung einiger kleiner Vorlagen an. Zur Beratung steht zuerst der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Abg. Kube (Dnt.).

Abg. Stöhr (Dnt.) meint, es sei Herrn Kube und seiner Fraktion erwünscht, daß die Hehe der Judenpresse gegen unbescholtene Personen gerichtlich aufgeklärt werde. (Zurufe und Heiterkeit.)

Der Ausschussantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es folgt die Entgegennahme des Berichts des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Anträge, die zur

kommenden Gesetz unterliegt werden durch die Einschaltung der Initiative der Geschäftigen.

In der Debatte mußte man allgemein zugeben, daß etwas Ernsthafteres gegen den Mißbrauch der Kartellgewalt unternommen werden muß. Die Entschließung wurde der Regierung überwiesen und ein Beschluß gefaßt, durch den die Regierung den Auftrag erhielt, sobald von dem Enqueteausschuss das notwendige Material herbeigeschafft worden ist, ein entsprechendes Kartellgesetz einzubringen, das an die Stelle der bisherigen Verordnung zu treten hat.

Man hat Angst.

Vor eine Landtagsauflösung in Bayern.

München, 11. Juni. (WZ.) In der heutigen Besprechung der Koalitionsparteien ist auch zu der Frage einer Auflösung des Landtages Stellung genommen worden. Wie verlautet, ist dabei die Auffassung durchgedrungen, daß eine Landtagsauflösung im gegenwärtigen Augenblick nicht opportun sei, da durch eine Neuwahl im fehligen Augenblick die Zusammenfassung des Landtages kaum in einer Weise geändert werden dürfte, die eine bürgerliche Koalition in anderer Zusammensetzung ermöglichen könnte. Es ist also anzunehmen, daß der Antrag der nationalsozialistischen Gruppe, den Landtag unverzüglich aufzulösen, von den Koalitionsparteien abgelehnt wird.

Erregte Straßenkundgebungen in Prag.

Die Polizei schießt.

Prag, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend fand auf dem Havlicek-Platz in Prag eine kommunistische Demonstration gegen die Agrarzölle statt. Die Menge verjagte gegen den Wenzel-Platz vorzudringen, wurde aber von Wachmannschaften aufgehalten. Ein Costauto versuchte den Aordon der Schutzpolizei zu durchbrechen, was aber nicht gelang. Bestimmte Polizei und Polizei zu Fuß drängte die Menge auf den Havlicek-Platz zurück, wo es zu einer Schießerei kam. Die Schüsse wurden von der Polizei abgegeben. Einem Mann wurde die Wade durchschossen. Es kam dann beim Stadtpark nochmals zu einer Schießerei. Wieder gab die Polizei Schüsse ab, um die aus einer Vorstadt herandrängende Menge abzuhalten. Gegen 8 Uhr abends waren die Straßen geäubert. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Regelung der Kohlenwirtschaft

gestellt worden sind. Das Haus beschließt einen von der Bayerischen Volkspartei gestellten Antrag, der Maßnahmen gegen die vom Kohlenmonopol im Verkehr mit dem Kleinhandel angewandten Methoden verlangt, an den Ausschuss zurückzuverweisen, dagegen einen sozialdemokratischen Antrag, der die Belieferung der Genossenschaften behandelt, durch den Ausschussbeschluss für erledigt zu erklären.

Nunmehr erfolgt die erneute Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Abg. Hörnle (Komm.) befürchtet, daß die Verwendung der Beträge durch die Regierung nicht in einer Weise erfolgen werde, wie es den Interessen der kleineren Siedler und der Arbeiter entspreche. Die Vorlage sei nur geeignet, den Großgrundbesitz zu fördern, daher werde seine Fraktion dagegen stimmen.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

hält dem kommunistischen Redner vor, daß es hier darauf ankomme, praktische Arbeit zu leisten und nicht agitatorische Reden zu halten. Herr Hörnle habe kürzlich in einem italienischen Organ geschrieben, daß der Einfluß der kommunistischen Partei auf dem Lande außerordentlich gering ist, und daß die Landarbeiter und die kleinen Bauern bei den Wahlen den Sozialdemokraten ihre Stimmen geben. Herr Hörnle hätte noch schreiben müssen, daß der Einfluß der Kommunisten einmal sehr groß war, dagegen heute sehr gering ist.

weil sie keine praktische Politik treiben, sondern nur Agitationsreden halten. Wir aber wollen durch praktische Arbeit Vorteile für die Landarbeiter erreichen. Im übrigen liegt die Förderung der Meliorationsarbeiten auch im Interesse der städtischen Arbeiter, es können beispielsweise durch die Kultivierung des havelländischen Uchs viele Arbeitslose beschäftigt werden, es kann dort Gemüse gebaut und nach Berlin geliefert werden. Die Sozialdemokratie verlangt, daß bei der Aufteilung von Gütern vor allem diejenigen Arbeiter angesiedelt werden, die dort vorher gearbeitet haben. Wenn man vor dem Kriege statt Panzerkreuzer zu bauen Meliorationen vorgenommen hätte, so wäre damals schon die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und anderen Lebensmitteln wesentlich besser gewesen. Auf solchem kultivierten Boden siedelt sich nicht der Großgrundbesitz an, sondern er kommt im wesentlichen für die kleinen Bauern in Betracht. Der Redner fordert, daß die Darlehen zu wirklich mäßigen Zinssätzen gegeben werden. Man habe vielfach die Erfahrung machen müssen, daß gerade diejenigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die unter Leitung deutscher nationaler Parteigänger stehen, geradezu wucherische Zinssätze verlangen. Es ist eine Heuchelei, wenn diese Kreise von der Regierung und von der Reichsbank den Abbau der Zinssätze verlangen und über die Wucherzinsen der Großbanken und der Juden schimpfen.

während sie selbst 16, 18, ja bis 24 Proz. Zinsen nehmen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Die Regierung hat die Pflicht, eine schärfere Kontrolle darüber auszuüben, daß das vom Reichstag bewilligte Geld gut angewendet wird. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu, weil damit allgemeine volkswirtschaftliche Vorteile zu erwarten sind. Wir hoffen, daß es nunmehr gelingt, größere Kulturarbeiten in Angriff zu nehmen, um auf diese Weise mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Unter diesen Voraussetzungen stimmen wir der Vorlage zu. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesetzentwurf und die vom Ausschuss vorgelegte Resolution wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Antrags Schuldt (Dem.), der die zweimonatige Vorauszahlung der Beamtengehälter

als Einleitung zur Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung verlangt. Der Haushaltsausschuß hat im Einverständnis mit dem Antragsteller statt des ursprünglichen Antrags eine Entschließung eingebracht, in der die Einstellung der Mittel in den Etat verlangt wird, die für die Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung vom 1. April 1927 ab erforderlich sind.

Das Haus beschließt nach den Anträgen des Hauptausschusses. Um 6 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag, den 21. Juni, 3 Uhr, mit der Tagesordnung: Deutsch-schwedischer Handelsvertrag, Vertrag mit Dänemark, Zulassungsvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen, dritte Beratung der Novelle zum Reichsnappschäftsgegesetz.

Ein Ablenkungsmanöver Baldwins.

Eine Note an die Sowjetregierung.

London, 11. Juni. (WZ.) Die britische Regierung richtete an die Sowjetregierung eine Note wegen der finanziellen Unterstützung, die während des Generalfreits dem Gewerkschaftskongress angeboten wurde.

London, 11. Juni. (WZ.) In unterrichteten Kreisen wird erklärt, die Note, die von der englischen Regierung an die Sowjetregierung gerichtet worden sei, enthalte einen Protest gegen die durch nichts zu entschuldigende Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten Englands. Die englische Regierung stelle fest, daß der Generalfreist in England nicht ein wirtschaftlicher Konflikt gewesen sei, sondern, daß durch ihn versucht werden sollte, das Regierungssystem des Landes zu ändern (?).

Moskau, 11. Juni. (WZ.) Die Debatte über die russischen Hilsgelder im Londoner Parlament für die streikenden Bergarbeiter hat die Sowjetregierung veranlaßt, ihren Bevollmächtigten in London, Rosenholz, anzuweisen, dem Foreign Office mitzuteilen, daß es sich um Gelder privater Organisationen handele, mit denen die Regierung nichts zu tun habe.

Das Reichskabinett nahm am Freitag nachmittags einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen bezug. Den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens mit Frankreich entgegen. Außerdem beschloß sich das Kabinett mit dem geplanten Volksbegehren in der Aufwertungsfrage. Es wurde beschlossen, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, durch den die Regierung eine Regelung schaffen will, und dadurch das Volksbegehren abzuschnneiden hofft.

Aus der Partei.

Meyer London, einer der bedeutendsten Führer der sozialistischen Bewegung in Amerika, ist am 7. d. M. in New York unter ein Automobil geraten und getötet worden. London vor lange Jahre hindurch der einzige sozialistische Abgeordnete im Washingtoner Bundesparslament. Geboren in Polen, im Städtchen Kalwarja neben Sumpoll, wanderte er in jungen Jahren nach Amerika aus, wo er sich durch eisernen Fleiß emporarbeitete. Neben Hillquit war er der beliebteste Führer der New Yorker Arbeiterschaft. Er war etwa 60 Jahre alt geworden.

Gewerkschaftsbewegung

Durchführung des Reichsbahnschiedspruchs Wahrscheinlich Pauschalzahlungen.

Am Freitagmittag begann zwischen den Vertretern der Reichsbahngesellschaft und den Tariforganisationen der Eisenbahner eine Vorbesprechung zur Durchführung des Schiedspruchs. Es handelte sich um die Feststellung des Arbeitsprogramms. Infolge der Verschleppung des Schiedspruchs durch den von der Reichsbahngesellschaft unnötigerweise heraufbeschworenen Rechtsstreit muß nun eine ganze Fülle von Berechnungen für die Nachzahlungen, Akkordlöhne, Ueberstunden, Soziallohnzulagen, Ortslohnzulagen, Löhne der in der Zwischenzeit entlassenen Eisenbahnarbeiter usw. bewilligt werden. Die Reichsbahngesellschaft wird wohl oder übel dazu bequemen müssen, einfach Pauschalzahlungen zu bewilligen, da sie sonst mindestens 15- bis 20 000 Hilfsarbeiter zur Bewältigung der Arbeit beschäftigen müßte. Hätte die Reichsbahn frühzeitig den ab 1. Januar gültigen Schiedspruch durchgeführt, dann wäre viel Verdruß und Mühe erspart worden.

Da zu Beginn der kommenden Woche zunächst die Verhandlungen über verschiedene Lohnfragen der Bahnunterhaltungsarbeiter geregelt werden müssen, werden die eigentlichen Verhandlungen zur Durchführung des Schiedspruchs erst Ende der nächsten Woche beginnen können.

Druck auf die bürgerlichen Parteien.

Die Schwerindustriellen und das Knappschaffsgesetz.

Das Weiskbureau meldet: Aus Anlaß der bevorstehenden Verabschiedung des Reichsknappschaffsgesetzes beschloß das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, daß der Reichsverband an die bürgerlichen Parteien des Reichstags sowie an die Reichsregierung und den Reichstag herantreten solle, um auf die schweren Bedenken hinzuweisen, die die Annahme des Gesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung mit sich bringen würde.

Das ist das übliche und fällige Manöver der Leute, die sich die Opfer der Ruhkämpfer überzahlen lassen, zu Degoutie liefern, um ihn gegen die Reichsgesetze aufzuputschen und jetzt ihre skandalösen Vorkredite in der Knappschaffsgesetzgebung verewigt wissen wollen. Wir werden ja sehen, wer von den bürgerlichen Parteien diesem Druck erliegt.

Verbandstag der Justizbureaubeamten.

Am Donnerstagsvormittag 11 Uhr wurde im Gebäude des Preussischen Landtags der 7. ordentliche Verbandstag des Reichsverbandes der Justizbureaubeamten und Anwärter durch den Verbandsvorsitzenden Solla eröffnet. Der Verbandstag wählte zum ersten Verhandlungsleiter Mehler-Berlin, zum zweiten Verhandlungsleiter Kaiser-Berlin.

Ministerialrat Dr. Weber vom Justizministerium machte eingangs der Verhandlungen einige kurze Ausführungen zur Befolgdungs- und Bureaureformfrage. Der Verbandsvorsitzende beschränkte sich in seinem Bericht auf einige Ergänzungen des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts.

Anschließend daran erläuterte der 1. Rechnungsführer Staßen den Kassenbericht, der gegenüber den Einnahmen ein Mehr an Ausgaben von 4023,97 M. aufweist. Hauptgrund für diesen bedauerlichen Zustand sei die säumige Beitragsabführung einzelner Ortsvereine.

In der Aussprache über den Geschäfts- und Kassenbericht wurde eine Kritik an der Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden nicht geübt, sondern ihm im Gegenteil die Anerkennung ausgesprochen. Es wurde im weiteren Verlaufe der Debatte die Erwartung ausgesprochen, daß der Verbandsvorstand rücksichtslos nicht nur gegen Mitglieder, sondern auch ganze Ortsvereine einschreiten soll, die so säumig in der Beitragsabführung seien. Verlangt wurde unter anderem weiter, daß sich der Verbandsvorstand dafür einsetze, daß die bei der Vorprüfung der Kanzleibeamten verlangte Schreibgeschwindigkeit in der Stenographie auf 80 Silben herabgesetzt werde. Ebenso müßte das Unrecht beseitigt werden, das den abgebauten und wiederangestellten Beamten zugefügt wird, indem man sie nach den Bestimmungen des jetzt gültigen Tarifvertrags

entläßt, anstatt zu den weit günstigeren Tarifbedingungen zur Zeit ihres Abbaus. Ganz entschieden müsse aber für die

Wiedereinführung normaler Arbeitsverhältnisse

bei den Behörden hingewirkt werden, da die Anhäufung der Dienstgeschäfte, die so nur eine vorübergehende sein sollte, auf die Dauer nicht tragbar sei. Die Arbeitsräume in den Behörden lassen in sanitärer Hinsicht viel zu wünschen übrig. Für die Ausbildung des Nachwuchses der Justizbureaubeamten müssen von Amts wegen Kurse eingerichtet werden, wie es vom Reichsverband schon seit Jahren gefordert wird. U. a. ergriff der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Genosse Falkenberg, das Wort und nahm Stellung zu den Vorwürfen und Verleumdungen, die gegen den ADB. erhoben und in die Öffentlichkeit lanciert werden. Besonders werfe man dem ADB. vor, daß er parteipolitisch nicht neutral sei. Der ADB. ist politisch neutral, wenn er auch seine Mitglieder auffordere, sich politisch zu orientieren. Das gehöre nun einmal zur Gewerkschaftsbewegung, auch zu der der Beamten. Er stellte im Verlaufe

Kampf gegen Fürstehabgier!

Montag abend 7 Uhr im Lustgarten:
**Massenprotest aller Republikaner und Volksfreunde
Rüftet zur Generalabrechnung!**

seiner Ausführungen die klare Linie heraus, die der ADB. hinsichtlich der Vertretung seiner Mitglieder und seiner Politik einhält. Er weist ganz besonders die Behauptung anderer Beamtenorganisationen zurück, daß der ADB. für die Beseitigung des Berufsbeamtenums eintrete.

Nach der Aussprache wurde die Mandatsprüfungskommission gewählt und die Verhandlung vertagt.

Um 4 Uhr wurde die Verhandlung wieder eröffnet und in der Aussprache fortgesetzt. Die Redner gingen hauptsächlich auf die Ausführungen Falkenbergs zur Frage des ADB. ein. Im allgemeinen war die Aussprache eine einmütige Willensäußerung, unerschütterlich am ADB. festzuhalten.

Genosse Müller-Hannover behandelte ebenfalls eingehend die Organisationsfrage und stellte ganz besonders heraus, daß nur durch straffe Organisationen die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Beamtenchaft wie der ganzen Arbeitnehmer überhaupt verbessert werden könne.

Am zweiten Verhandlungstag wurden zunächst die Anträge in den Kommissionen beraten. Die Plenarversammlung, die nachmittags 5 Uhr wieder zusammentrat, stimmte den Vorschlägen der Kommissionen in fast allen Fällen einmütig zu. Neben den zahlreichen Anträgen nahm der Verbandstag auch eine Entschließung an, die den weiblichen Angestellten im Kanzlei- und Justizbureauendienst den Eintritt in den Reichsverband gestattet.

Hochbetrieb im Beamtenwirtschaftsverein. Von Ungeziefer...

Wir haben bereits gemeldet, daß die Streikbrecher im Beamtenwirtschaftsverein, bestehend aus Patentkreuzlern, Bewohnern des Anls für Obdachlose, katholische Gesellenvereiner und andere „Christen“ aus Bayern und aus dem Rheinland ihr Nachlager auf dem Rehboden des Beamtenwirtschaftsvereins zugewiesen erhalten haben. In ihren Arbeitskleidern mühten sie auf Kurztroh, das zur Bierdestille verwendet wird, tamperen.

Nach Veröffentlichungen im „Vorwärts“ hat man eine Mauer zwischen dem Mehl- und Strohlager gezogen, hat allerdings dabei nicht verhindern können, daß der Rehlauzug innerhalb dieses primitiven „Schlaffalons“ bleibt. Die Gesundheitspolizei war bereits auf die dortigen Zustände aufmerksam gemacht, residierte auch, jedoch erst, nachdem der Geschäftsleitung bereits 2 Tage vorher das Erscheinen der Gesundheitspolizei gemeldet war. Der Erfolg dieser vorherigen Kenntnis war, daß das zermüllte Kurztroh eiligst vom Rehboden entfernt wurde und an seiner Stelle im Eiletempo fabrizierte Strohfäcke mit ebensolchen Strohdackspolstern traten.

Die Streikbrecher wurden eingesperrt und festgehalten wie in einem Justizhause. Sie kamen alle 14 Tage unter Be-

deckung der Polizei heraus und wurden von ihren Schutzengeln zum Autohalteplatz begleitet, von wo sie schleunigst davongehauert wurden. Einem Teil dieser Leute hat natürlich das Justizhausleben nicht gefallen. Einer dieser geheilten Streikbrecher fand sich bei uns ein und versicherte uns glaubhaft, daß es in dieser Beamtenwirtschaftsvereins-Bäckerei sogar Prügel gebe. Dadurch haben einzelne dieser unglücklichen Stätte den Rücken gebrochen.

Dazu hat mit beigetragen, daß durch die omynösen Streikbrecherstrolcher sich Läuse eingenistet hatten. Da die Streikbrecher Reis in ihrer Arbeitskleidung auf den Strohfäden tamperen, so ist es fast unvermeidlich, daß die Läuse auch mit der Badware und für die Badware notwendigen Transportmitteln in Berührung kommen. Wir wünschen den Mitgliedern des Beamtenwirtschaftsvereins guten Appetit. Vielleicht wird sich jetzt die Gesundheitspolizei im Interesse der bedauernswerten Mitglieder etwas intensiver mit diesen heillosen Zuständen im Beamtenwirtschaftsverein beschäftigen.

Für den Industrieverband der Lebensmittelarbeiter.

Am Sonntag fand im Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband die Abstimmung statt über die Verjüngung der Verbände der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und der Fleischer zu einer Einheitsorganisation. In der Zahlstelle Berlin stimmten für die Verjüngung 1524 Mitglieder, dagegen 46. Wenn auch die Wahlbeteiligung äußerst schwach war, so geht doch aus diesem vorliegenden Resultat hervor, daß der übergroße Teil der Berliner Nahrungs- und Genussmittelarbeiter die Notwendigkeit einer großen, einheitlichen Organisation aller im Nahrungsmittelewerb Beschäftigten erkannt hat. Das Berliner Resultat wird durch die noch ausstehenden Abstimmungsergebnisse der Vorkanzleistellen nicht wesentlich geändert werden.

Justizwachmeister und Beamtenkreis.

Wie erinnertlich, haben vor einigen Monaten sämtliche Bundesangestellten in Wien im Kampfe um Verbesserung ihrer Lage eine dreistündige Arbeitsruhe von 10 bis 1 Uhr durchgeföhrt. Als aber zwei Justizwachmeister in Ausführung dieses Beschlusses der Streikleitung in einem Gerichtssaal den Anwesenden abführen wollten, um ihn nicht ohne Beaufsichtigung zu lassen, versuchte sie der Richter daran zu hindern. Sie taten dies aber trotzdem. Nun ist gegen diese beiden Beamten, die nur in Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts abhandelt haben, vom Oberlandesgericht ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Bemerkenswert ist es übrigens, daß bereits nach diesem Streit auf einer Konferenz, die eine eventuelle Durchführung eines neuen Streiks betraf und auf der auch Vertreter der Richter- und der Staatsanwaltschaftvereinigungen zugegen waren, Richtlinien ausgearbeitet wurden, die Justizwachbeamten eine neuerliche Verpflichtung zur Teilnahme am Streit auferlegten. Was Wunder, daß unter solchen Umständen das Disziplinarverfahren gegen die beiden Beamten von der gesamten Beamtenchaft Österreichs als Bedrohung ihres Koalitionsrechts betrachtet wird.

Preis Gewerkschaftsjugend. Wir beteiligen uns an der Kundgebung der Befindungsarbeiterjugend morgen, Sonntag, im Obermarke. Renne sei nochmals auf die morgige, Sonntag, vormittags 10 Uhr, stattfindende Besichtigung des Verbundbauwerkes der Eisenwerke hingewiesen. Teilnahme nur gegen Karten. — **Wachung!** Die für Sonntag, den 14. Juni, anstehende Besichtigung des Verbundbauwerkes der Eisenwerke wird am 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Saal des Arbeiter-Verbandsbauwerkes, Berlin R. M. Linienstr. 83-85, 1. Stock, 2. Hof, stattfinden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Lehmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. A. Böcher; Schulen und Sonstiges: Erik Rühl; Anzeigen: H. Grotz; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermanns-Berlin G. m. b. H. Berlin, Druck: Hermanns-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Preis 1 Blatt und „Unterhaltung und Wissen“.



Komet-Freilauf
ohne Bremshebel
Ein- und Ausbauen, kinderleicht u. schnell

Kinder der Woche



Mengenabgabe vorbehalten

Heute Vorverkauf

Kinder-Kleider 6-70 cm lang, aus mehrfarbig bedrucktem Baumwollmull, ca. 45 cm lang 125 Pf. Jede weitere Größe 25 Pf. mehr Stück	Enorm billige Baby-Kleidchen 125 Pf. Stück	Trägerhemden für Mädchen, aus gutem Wäschestoff, mit Klappel, spitze reich garniert, Länge 30-50 cm 95 Pf. Stück
Spielhosen aus gestreiftem Zephyrstoff, bis 55 cm lang 95 Pf. Stück	Weisse Batist-Kinder-Schürzen mit Stickerelastika 195 Pf. Jede weitere Größe 25 Pf. mehr Größe 45	Gummibälle im Netz 45,75 Pf.
Kinder-Söckchen prima Qualitäten, mit Wolf- und Jacquarändern Gr. 1-3 Gr. 4-6 Gr. 7-9 Gr. 10 38 Pf. 48 Pf. 58 Pf. 68 Pf.	Ein grosser Posten Kinder-Trikotagen bestehend aus: Kinder-Sweater, Kinder-Trikots, makofarbig, Kinder-Hemdchen, makofarbig, Kinder-Springhöschen, makofarbig, Knaben-Hemden, makofarbig, Knaben-Hosen, makofarbig, lang and Kniefasson, Knaben-Jacken, makofarbig, mit 1/2 und 3/4 Arm.....Stück	Mädchen-Schnürschuhe weiss Leinen 150 Pf. Größe 36-38

HERMANN TIETZ Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Wie märkische Kleinstädte aussehen.



Mit der Stimmung an historischen Plätzen ist es ein eigenes Ding. Wohl jeder, der auf der Terrasse von Sanssouci steht, wird des Mannes gedenken, der aus brandenburgischem Sand und Sumpf dieses Garten-Eden schuf. Friedrich II. ist von Sanssouci nicht zu trennen und all das, was Friedrich Wilhelm IV. und gar Wilhelm II. hinzugefügt hat (die „Verschönerungen“ des letzteren sind zum Teil wieder beseitigt), können nicht das Friedericianische beeinträchtigen. Anders in Rheinsberg, das man ja gewohnt ist, als den Lummelplatz des „jungen Fritz“ anzusehen. Hier ist höchstens im Schloß selber das eine oder andere Gemach mit friedericianischer Stimmung erfüllt — das ganze herrliche Park- und Waldgebiet trägt aber vor allem das Gepräge des Prinzen Heinrich, jenes Bruders, der an Talent und auch an Sondervorlieben dem König gleich kam. Er hat bis 1802 gelebt und in Rheinsberg lieber als in seinem Berliner Palais sich aufgehoben, das die jetzige Unioersität geworden ist.

Die Friedrich-Zeit.

Will man das Leben des Kronprinzen Friedrich, wie es in Rheinsberg sich gestaltete, menschlich begreifen, so muß man sich erinnern, daß er, um den Stodprügeln und den höhnenden Reden („wenn ich so behandelt wäre, hätte ich mich längst erschossen“) seines Vaters zu entgehen, sich zur Flucht vorbereitet hatte, dann gefangen und zum Tode verurteilt, sich nur durch völlige Unterwerfung unter die Gebote Friedrich Wilhelms I. und dessen Ministers Grumbow hatte retten können. Die ihm aufgezwungene Heirat (1733) war die einzige Möglichkeit, der Kastration „Besserungszeit“ ein Ende zu machen. Er bekam als Oberst des Regiment von der Goltz in Neuruppin und erhielt nach der Verheiratung als Geschenk Schloß und Stadt Rheinsberg angewiesen. Der von Anobelsdorf besorgte Umbau des alten Schloßes dauerte in der Hauptsache bis 1736; solange residierte Friedrich in Neuruppin. Das Schloß hat seitdem keine baulichen Veränderungen erfahren; es besteht aus einem zweigeschossigen Mittelbau und zwei Flügeln, die je in einen runden Turm auslaufen; durch einen Säulengang zwischen den Türmen wird das Rechte geschlossen, dessen offene Seite dem See gegenüber liegt. Die gänzliche Fertigstellung des Umbaus zog sich bis 1739 hin; Anobelsdorf war daher ein ständiger Gast des prinziplichen

Kreises. Die mit vielen „Amusements“ teils geistiger, teils aber auch sehr materieller Art angefüllten Rheinsberger Jahre waren die glücklichsten des gleichzeitig an seiner Bildung mit Eifer arbeitenden Prinzen. Die Zuneigung des Vaters gewann er durch militärischen Eifer, durch Agrikulturbestrebungen: — „aniso mache ich Anstalt gubte Obst böhne bis Frujar zu setzen“ (1734) — und durch Lederbissen, die der königlichen Küche zugefandt wurden. So: „puhten“, jette Käbber, Spargel und Blumenkohl, Erdbeeren und Kirchen.

Die Heinrich-Zeit.

Nach der Thronbesteigung 1740 blieb Rheinsberg unbewohnt und die 1744 erfolgte Sänkung des Schloßes an den Prinzen Heinrich änderte zunächst nichts an dieser Stille: erst 1753 siedelte Heinrich nach Rheinsberg über und hat dann ein halbes Jahrhundert lang sich als Bauherr betätigt. Vieles, was er in Ueber-einstimmung mit dem sentimental-frivolsten Zeitgeist in den Anlagen geschaffen, ist seitdem wieder entfernt worden, aber noch immer schimmern Statuen und Basen, Kioske und Säulen durch das Grün der Büsche und hochstrebenden Bäume. Drei seiner Schöpfungen verdienen Beachtung, weil sie einen Einblick in das Leben ihres Schöpfers gewähren. Auf die Gleichartigkeit der Charaktere Friedrichs und Heinrichs wurde schon hingewiesen — auch der letztere lebte getrennt von seiner Frau — und es wäre nur natürlich, wenn diese Gleichheit zur Abneigung geführt hätte. Von einigen Beobachtern ist denn auch der Prinz als „neidisch“ auf den Ruhm des Bruders geschuldet worden, während sich im Verhalten Friedrichs die bewundernde und dankbare Anerkennung der militärischen und diplomatischen Fähigkeiten Heinrichs bis zuletzt erhalten hat. Doch Heinrich den frühen Tod (1758) des vom König ein Jahr vorher hart getadelten und dadurch zur Entfernung vom Heere veranlaßten Bruders August Wilhelm sehr beklagte, ist eine Tatsache, die auf keiner abgünstigen Stimmung zu beruhen brauchte. Heinrich trieb mit dem Andenken des Verstorbenen einen gewissen Kultus: er setzte das Herz des Toten im Park von Rheinsberg bei in einer Urne, der er ein Gegenüber in der auf hohem Sockel stehenden Büste gab. Diesem Akte der Pietät folgte ein Menschenalter später eine zweite Ausdigung: 1791 weihte Heinrich einen Obelisk ein, der mit dem Reliefbildnis August Wilhelms geschmückt ist und die Namen von Generalen der Friedericianischen Kriege zeigt, namentlich von

foschen, die „nach der Meinung Heinrichs nicht genügend vom königlichen Bruder gewürdigt worden sind“ — eine Ansicht, die viel zur Aufrechterhaltung der Legende von dem „Neide“ beigetragen hat. Das dritte charakteristische Bauwerk ist die für seine eigene Beilegung bestimmte Pyramide, die ebenfalls im Garten des Schloßes sich vorfindet.

Das moderne Rheinsberg.

Ein stilles Städtchen — so beiträgt es der neueste Führer und noch immer gilt von ihm, was Fontane schon vor vielen Jahren aussprach: es ist nicht leicht hinzukommen. Man kann es zwar mit der Bahn erreichen — über Löwenberg, von da abweigend erst westlich auf Neuruppin zu, aber halbwegs bei Herzberg wieder nach Norden herauf. Die Verbindung über Neuruppin sollte eigentlich das Naturgemäße sein: wer den einen friedericianischen Ort besucht, möchte auch den andern gleich anschließen, aber das ist jetzt nicht so einfach. Nichts läge näher, als eine Postautoverbindung Neuruppin—Rheinsberg—Fürstberg einzurichten, die ein Ganztag unserer Markt bequem erreichbar machen würde. Aber die Kirchturninteressen kleiner Städte sind zumellen sehr eigenartig. Das „stille“ Städtchen stellt sich äußerlich recht nichtsagend dar: ältere Bestandteile finden sich infolge häufiger Brände (der letzte 1740) nicht vor. Das Hauptinteresse scheinen die Hotels im Anspruch zu nehmen, die das Stadtzentrum, den langgestreckten, baumbestandenen Marktplatz, an den sich ein „Triangel“-Platz anschließt, flankieren. Autoverkehr dürfte ihr Ideal sein. Vom Bahnhof führt die Berliner Straße und an deren Ende zur Linken die Schloßstraße zum Markt und zum Schloß. Bemerkenswerte Häuser gibt es nicht: ein bescheidenes Rathaus, eine bescheidene Kirche, eine bescheidene Postkutsche — das Denkmal des „jungen Fritz“ hat hier seine Beachtung, aber das in der Nähe befindliche Büstendenkmal Wilhelms I. dürfte in seinen bescheidenen Dimensionen auch dem ertragreichsten „Clash“ keine Begeisterung abgewinnen. Rheinsberg nennt sich Sommerfrische, erhebt Kurort, wofür Rußland geboten wird — aber die Rinnsteine in den Straßen zeigen wenig Verständnis für die Hygiene. Die Klage, daß die Breite für die Erholungsuchenden hoch sind, findet sich hier wie in so manchem anderen „modernem“ Luftkurort wieder.

Schloß, Park und See.

Fügen wir unseren obigen Betrachtungen über die Friedrich- und Heinrich-Zeit noch die Bemerkung hinzu, daß der Erinnerungobelisk auf dem jenseitigen Seeufer gerade gegenüber dem Schloße errichtet ist, so wird es klar, daß friedericianische Erinnerungen sich nur im Schloßinneren vorfinden. Der Kofellan, der mit sonorer Stimme seine Sprüche herabläßt, gibt sich ja alle Mühe, patriotische Stimmung zu erzeugen, aber seine Stimme hallt eindrucklos an den leeren Wänden zurück, denn das Schloß ist leer — vom gegenwärtigen Ruppinerer Prinzen August Wilhelm von allem Inocentat entblößt. Nur das Arbeitszimmer Friedrichs weist noch den Schreibstisch auf, in einem anderen steht sein Bett, und auch Heinrichs reich konstruiertes Arbeits-, Korraiss- und Schlafbett, sowie sein Sterbebett sind zurückgeblieben. Gobelins, Wandstickereien und Malereien, Deckengemälde, Kamine, vergoldete Holzschmuckereien



Der Wobbly.

Von B. Traven.

Copyright by Budweiser-Verlag, Berlin und Leipzig.

3.

La Moderna bewilligte nach vier Tagen alles. Drei Wochen später ging Morales zu Señor Doux und sagte: „Also achstündige Arbeitszeit, zwölf Pesos die Woche, eine Vollmahlzeit und zweimal Kaffee mit Gebäck.“ Señor Doux, der die ganze Zeit voller Schadenfreude gewesen war, weil seinem Konkurrenten so übel mitgespielt wurde, kriegte zuerst einen Schreck. Dann sagte er: „Morales, kommen Sie zur Kasse. Da ist Ihr Lohn und Sie können gehen, Sie sind entlassen.“ Morales drehte sich um, zog seine weiße Jacke aus und sofort zogen die übrigen Kellner gleichfalls ihre Jacken aus und kamen zur Kasse. Ein wenig verflört zahlte Señor Doux die Löhne, und dann ließ er die Leute gehen. Er war ganz sicher, daß er andere Leute kriegen würde. Die paar Gäste, die gerade drin waren, bediente Señora Doux. Dann verließen die Gäste auch das Café. Aber wenn andere kamen und sahen, daß keine Kellner drin waren, setzten sie sich garnicht erst, sondern gingen gleich wieder raus. Nur einige Fremde kamen, setzten sich, bestellten etwas und betrachteten diese Art von langsamer Bedienung als die hier übliche. An diesem Abend standen keine Streikposten vor dem Café. Aber am nächsten Tage waren sie da, und es wurden eifrigst Flugblätter verteilt. Es waren wieder nur Fremde, die in das Café gingen, die die spanisch geschriebenen Flugblätter nicht lesen konnten und auch nicht verstanden, was die Streikposten zu ihnen sagten. Aber um diese Fremden kümmerten sich die Posten nicht viel. Außerdem fühlten die Fremden, meist Amerikaner, Engländer oder Franzosen, auch immer sehr bald, daß die Luft merkwürdig schwül war, und sie verließen das Café ziemlich rasch, oft ohne ihr Eisgetränk auch nur anzurühren. Den zweiten Tag darauf hatte Señor Doux zwei Kellner, einen Deutschen und einen Ungarn. Beide waren erbärmlich zerlumpt. Señor Doux hatte ihnen weiße Jacken gegeben, einen Kragen und einen schwarzen Schlips. Aber er gab ihnen weder Hosen noch Schuhe. Und gerade in diesen beiden Dingen sahen die Burschen entsetzlich aus. Sie verstanden kein Wort Spanisch und waren nicht zu gebrauchen. Aber Señor Doux wollte mit ihnen ja nur prohen vor den Streikposten.

Nach dem Mittagessen, das sie mit allerlei bösen Zwischenfällen serviert hatten, war ein wenig Ruhe im Café. Señor Doux war schlafengegangen, und Señora Doux saß schläfrig in einer Nische. Ich brachte ein Blech Backware hinein und hörte, daß die beiden Vögel deutsch sprachen. „Sind Sie Deutscher?“ fragte ich den, der richtig deutsch sprach. „Ja, der hier ist ein Ungar,“ antwortete er erfreut, daß jemand mit ihm deutsch sprach. „Wissen Sie, daß die Kellner hier streiken, und daß Sie hier den Streikbrecher machen?“ „Die streiken nicht,“ sagte er. „Die wollen nur nicht arbeiten, die sind nicht zufrieden.“ „Was zahlt Ihnen denn der Alte?“ „Fünf Pesos die Woche, das ist ganz schönes Geld. Und das Essen und Schlafen,“ gab er zur Antwort. „Na, nun mal deutlich, lieber Freund, schämen Sie sich denn nicht, hier den Streikbrecher zu machen?“ „Streikbrecher? Das bin ich nicht. Die streiken nicht, die haben nur ausgehört, weil sie mit dem Lohn nicht zufrieden sind. Ich bin mit fünf Pesos zufrieden. Was soll ich auch machen. Ich bin ganz herunter, habe nichts zu essen und keinen ganzen Feh.“ „Dann gehen Sie lieber betteln,“ riet ich. „Betteln? Nein, das ist unanständig.“ „Streikbrechen ist anständiger?“ „Was will ich denn machen, wenn man Hunger hat?“ „Dann stehen Sie, wenn Ihnen Betteln zu unanständig ist, aber Streikbrechen ist ein dreckiges Geschäft.“ „Sie haben gut reden,“ pläzte er nun los, „Sie arbeiten hier schön in der Konditorei, haben zu essen, haben ein Dach und kriegen ihr Geld.“ „Das ist richtig,“ erwiderte ich, „und ich will Ihnen nun etwas sagen. Ich kann Ihnen hier keinen Vortrag darüber halten, in welchem Zusammenhang der Streik jener Leute und Ihr Hungerleben steht. Ich kann Ihnen hier so auf einen Rud nicht klar machen, wie durch jeden Streik, ob er gewonnen oder verloren wird, das Hungerleben der arbeitslosen Arbeiter um einen Grad seltener wird. Wenn die Leute hier achstündige Arbeitszeit durchsetzen, muß der Alte zwei, vielleicht gar drei arbeitslose Kellner mehr einstellen. Das ist nur gerade das Nächste und Klarste. Darüber hinaus kommen noch andere Umstände zugunsten der Arbeiter in Betracht, die viel weiter reichen als gerade bis zu dem kleinen Vorteil, den man vor der Nase sieht.“ „Durch unser Gespräch wachte Señora Doux aus ihrem Nickerchen auf und sie rief herüber: „Sie, hören Sie mal, Sie

wollen wohl die beiden Deutschen da verhehen? Scheren Sie sich in die Backstube, wo Sie hingehören, Sie haben hier gar nichts verloren.“ „Verhehen? Ich? Die beiden Deutschen? Nein, ich lehre sie nur ein paar wichtige spanische Worte, damit sie besser im Leben zurecht kommen,“ sagte ich. „Das ist gut,“ sagte Señora Doux, „das tun Sie nur, das ist sehr gut.“ „Nun will ich Ihnen mal noch was sagen,“ fuhr ich fort, mich wieder an den Deutschen wendend. „Bis jetzt haben sich die Streikposten um euch noch nicht viel gekümmert. Sie wissen, daß ihr Fremde seid. Aber das geht nur ein oder zwei Tage so weiter. Morgen abend oder übermorgen seid ihr erstochen oder erschossen, damit Sie es wissen. Hier fackelt man nicht lange mit solchem Krumpzeug wie ihr seid. Wir können hier nur anständige Leute gebrauchen.“ „Die tun uns nichts,“ sagte der Mann. „Wir gehen nicht raus.“ „Keine Angst, lieber Freund. Die kommen rein und machen das hier drin ab, unter voller Kaffeehausbeleuchtung mit Musikbegleitung. Verlassen Sie sich darauf. Nebenbei bemerkt, das einzig richtige Mittel, wie man mit Streikbrechern umgehen muß. Einen Mexikaner oder einen Spanier kriegen sie hier nicht als Streikbrecher, die wissen, was es bedeutet.“ Er war ein wenig bleich geworden. Nun fragte er: „Gibt es denn hier keine Polizei?“ „Natürlich, so gut wie bei euch zu Hause,“ sagte ich. „Aber die Polizei mischt sich hier nicht in Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer so ein wie bei euch da drüben. Die ist hier neutral. Wenn sie den Mörder erwischt, wird er mit einigen Jahren verknäht. Aber einen Mann, der einem Streikbrecher die letzte Wahrheit gesagt hat, den kriegen sie nicht. Der ist nicht unter den Streikenden. Sie suchen ihn auch garnicht. Den Raubmörder suchen sie. Aber dem hier laufen sie nicht lange nach. Es hat euch ja niemand gehehen, in die Gefahrzone zu gehen. Wenn ihr trotzdem geht, habt ihr auch die Verantwortung zu tragen. Als vernünftiger Mensch stellen Sie sich doch nicht auch bei einem Gewitter direkt unter einen einzelnen hohen Baum? Oder vielleicht doch? Ihre Schuld, wenn der Blitz Sie erschlägt. Da kann die Polizei garnichts tun. Die Polizei ist hier nicht für die Kapitalisten da, sondern für die Kapitalisten und für die Arbeiter, die Betonung liegt auf dem Und. Sie steht weder dem Kapitalisten bei, noch dem Arbeiter, wenn die beiden einen Handel miteinander auszufechten haben. Der Streikbrecher hat in diesem Handel garnichts verloren.“ (Fortsetzung folgt.)

Postcheck-Nummer 48743 Berlin

ist das Konto, auf das man freiwillige Beiträge für den energischen Abwehrkampf gegen die Habsucht der Fürsten einzahlt.
Bezirksverband Berlin der SPD.
J. A.: Alex Pagels.

auf den weißen Türen, dann namentlich die sehr dekorativ wirkenden Gasstrahlleuchter — Erzeugnisse der neuen, einst in Blüte stehenden Berliner Kunst — gehen der Phantasie einigen Anhalt, um sich das Leben einer vergangenen Epoche zu veranschaulichen. Die Zimmer sind nicht zu groß, keine Riesensäle — sie liegen sich leicht für moderne Zwecke brauchbar herrichten. Aber hinaus ins Freie — und nun wirklich geht dem Städter das Herz auf — hier ist reiche, man möchte sagen: verschwenderische Natur, von Künstlerhand gemalt. Schöne, breite Alleen, namentlich die Hauptallee mit der Sphinxentreppe und dem von Friedrich angelegten Signal-Leuchtturm im Hintergrund. Ist man auf die Höhe geklettert, die den Dübelschen trägt, so steht man inmitten einer echten Waldlandschaft und atmet die balsamische Luft ein, die diesen Tannen- und Laubwaldflößen entströmt. Die Vergangenheit verfliehet und das bezaubernde Gefühl, am Bufen der Natur schmelzen zu dürfen, erfüllt unseren Geist mit neuer Spannung. Der See zu unseren Füßen heißt der **Orientersee** und bildet den südlichen Teil des Rheinsberger Sees. In den Part schließt sich die Forst Boherom, und noch ein zweiter See, der Böhreckersee, ist leicht zu erreichen.

Als jüngst das Neuruppiner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Fahnenwehre hatte und viele Kameraden von auswärts erschienen waren, hatte die dortige reaktionäre Zeitung die Freundschaft, von „ungebetenen Gästen“ zu sprechen. Daß trotzdem das Reichsbanner in so rückständigen Orten sich nicht nur behauptet, sondern fortentwickelt, ist der beste Beweis für die Verankerung des demokratischen Gedankens im Volke. Auch Rheinsberg hat seine Reichsbannergruppe. Zum Volksbegehren wurden an 800 Stimmen (bei 2000 Einwohnern) abgegeben. Man sieht, selbst in Fürstentümern leben Leute genug, die gewillt sind, ihre Zukunft aus Eigenem zu zimmern. Fürstengunst ist verblaßt, wie die Farben der Deckmalereien in den Zimmern des Schlosses.

Hast Du schon die Liste geprüft?

Immer wieder müssen wir die für den Volksentscheid aufgestellten Listen der Stimmberechtigten dringend zur Beachtung und Prüfung empfehlen. Denn immer wieder gehen uns Reklamationen darüber zu, daß bei der Prüfung dieser Listen größte Fehler gefunden worden sind. Den Beispielen, die wir bereits mitgeteilt haben, seien heute noch einige angefügt. Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg mußte einer, der die zurzeit ausliegenden Listen prüfte, die Entdeckung machen, daß für ein Haus der Plegnitzer Straße von 39 Stimmberechtigten 6 nicht verzeichnet waren. Außerdem gab es da noch andere Fehler. Eine junge Frau war noch mit dem Mädchennamen aufgeführt, für eine andere junge Frau war zwar schon der Name des Ehemanns, aber noch die Wohnung der Eltern angegeben. Für dasselbe Haus stand in der Liste eine Person, die dort völlig unbekannt ist. In einem anderen Falle, wo für vier Stimmberechtigte die Liste geprüft wurde, fand man drei falsche Eintragungen. Beispielsweise war eine Ehefrau mit dem Namen Ernst gebucht. Für ein Haus der Königgräfer Straße wurden zehn Personen festgestellt, die un-berechtigterweise in die Liste gelangt waren.

Wiederholt ist im „Vormärz“ darauf hingewiesen worden, daß für die Fürstentümern, wenn sie besetzt werden soll, mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten des ganzen Deutschen Reiches mit Ja gestimmt haben muß. Durch die Nichtstimmberechtigten, die irrtümlich in die Liste gelangt sind und nicht rechtzeitig ausgemerzt werden, erhöht sich scheinbar die Gesamtzahl aller Stimmberechtigten. Es wird dann um so viel schwerer, die für die Fürstentümern erforderliche Hälfte der Gesamtzahl zusammenzubringen. Wer in der Liste solche nicht hineingehörenden Personen entdeckt, soll scheinbar die Streichung fordern, damit nicht durch derartige Fehler der Volksentscheid erschwert wird. Die Streichung zu fordern, hat jeder das Recht und jeder sollte das auch als seine Pflicht ansehen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß jeder stimmberechtigte Anhänger der Fürstentümern, der etwa in der Liste sieht, die nachträgliche Aufnahme fordern muß. Die Listen liegen nur noch am heutigen Sonntag von 2 bis 9 Uhr und am morgigen Sonntag von 10 bis 5 Uhr an den durch öffentliche Anschläge bekanntgegebenen Stellen aus.

Der Prozeß Gerth.

„Der Satan hatte mich in den Krallen.“

Es ist ein schwieriger Klient, dieser Gerth. Seine sinnlosen Selbstbeschuldigungen, die ihm den Kopf kosten konnten, waren es ja, die in der ersten Verhandlung den Verteidiger Dr. Frey zwangen, sein Amt niederzulegen. Aber gestern und heute betrieb der Angeklagte das Spiel der Selbstbeschuldigung fort. So unfaßbar schamant schien sein Verhalten, daß selbst die Psychiater an seiner Geistesgesundheit und Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln begannen. Gestern war er plötzlich präziser — nicht etwa in der Behauptung von Tatsachen, die für ihn günstig wären — nein im Gegenteil: indem er sich wieder, aber diesmal folgerichtig belastete. Aber immer so, als rekonstruierte er immer noch Bruchstücke aus einem Traum. In die Enge getrieben erklärte er: „Ich weiß nicht, ich verweigere die Antwort.“ „Das kann für Sie ungünstig sein.“ „Das ist mir egal.“ Er ist überzeugt, daß man ihn töpfen wird; darum je schneller desto besser. — So sagte er dem Arzt. Er wünscht sich strenge Richter.

Gerth begab sich nach der Tat in die Kaserne, reinigte seine Hände vom Blut und legte sich schlafen. Von Donnerstag bis Dienstag morgen verbrachte er seine Zeit in aller Ruhe; seinetwegen, beluchte seine Braut, hörte ruhig den Erzählungen vom Mord an den beiden Frauen zu usw. Als seine Braut ihm am Dienstag früh Milch und Kuchen brachte, war er bereits verhaftet. Sie hatte ihn wirklich gern, sie mußte um das Geheimnis seiner Schwäche und tröstete ihn so gut sie konnte. Auch von einem schweren epileptischen Anfall nach genossenem Alkohol konnte sie erzählen. Ebenso konnte dies ihre Familie. Ja, diese Familie L., da gibt sie und hört zu. Diese Tochter hat Gerth jetzt zur Frau. Man bedachte nur: Frau dieses Gerth zu sein. „Er ist der liebste Mensch, den ich je gekannt“, sagt sie. Angehörig so äußern sich über ihn auch seine Kameraden. Und doch: hat er denn nicht in jener Nacht... Allein der Mond konnte erzählen, wie es damals wirklich in der Stube zuging; er schaute gerade hinein, als Gerth aus der Wohnung schlich. Denn das Gutachten der Sachverständigen behauptet, Gerths Schilderungen bedeuten in der hauptsächlich Rekonstruktion; er befand sich während der Tat in einem alkohol-epileptischen Dämmerzustand. Ganz wie damals, als er nach genossenem Alkohol plötzlich über die R. herfiel, die es abgelehnt hatte, ihn mit in die Wohnung zu nehmen, sie würgte und zu Boden warf. Als sie ihm sagte: „Here Gerth, was haben Sie nun gemacht“, lehnte er sein Gesicht weinend an ihre Schulter und antwortete: „Ich kann nichts dafür, der Satan hatte mich in diesem Moment in seinen Krallen.“

Das Gutachten zu diesem Prozeß hat seine Schicksale. In der ersten Hauptverhandlung waren nur die Gutachten von Prof. Straßmann und Dr. Störmer vorhanden. Beide Sachverständigen waren zu dem Ergebnis gelangt, daß Gerth zwar ein alkoholtoleranter erblich schwer belasteter Psychopath ist, daß bei der Begehung der Tat bei ihm ein Zustand der Bewußtloseinbringung vorgelegen habe, der § 51 jedoch nicht in Betracht kommt. Nachdem Dr. Frey die Verteidigung niedergelegt hatte und der Prozeß vertagt worden war, wurde auch Dr. Magnus Hirschfeld der der ersten Verhandlung zufällig beigezogen hatte, als Sachverständiger hinzugezogen. Sein Gutachten geht dahin, daß es sich im Falle Gerth um eine Alkoholepilepsie handele, die bereits bei geringen Mengen von Alkohol in die Erscheinung trete. Der Angeklagte habe sich zurzeit der Tat in einem Zustande der Bewußtlosigkeit befunden, bei welchem die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Das daraufhin von der Staatsanwaltschaft an-

Für das Volk — Gegen die Fürsten! Öffentliche Kundgebungen:

Heute, Sonnabend, den 12. Juni:

- Oberhönnoweide: 8 Uhr Demonstration auf dem Marktplatz. Redner: Bezirksverordneter Karl Litzke.
Stassen: 7 1/2 Uhr im Lokal Wolff, Spandauer Straße. Redner: Franz von Puttkamer.
Gladow: 8 Uhr im Lokal Bäumann. Redner: Erich Franke.
Buchholz: 8 Uhr im Lokal Köhne. Redner: Hans Plettner.
Kaulsdorf-Süd: 7 1/2 Uhr im Restaurant Jägerheim. Redner: Stadtverordneter Adolph Hoffmann.

Morgen, Sonntag, den 13. Juni:

- Zehlendorf: Nachmittags 2 Uhr bei Rickow, Potsdamer-Str. 2. Demonstration auf der Dorfau. Redner: Franz v. Puttkamer.
Ratow: Nachmittags 3 Uhr im Restaurant Lindenberg, „Zum goldenen Stern“. Redner: Bezirksverordneter Karl Litzke.
Warftenberg: Nachmittags 2 Uhr im Lokal „Zum Stern“. Redner: Genosse Schmidschen.
Malsow: Nachmittags 5 Uhr im Lokal Adolf Wangrowski. Redner: Genosse Schmidschen.
Mittenwalde: Nachmittags 3 Uhr im Lokal Ruhle. Redner: Franz Künstler, WDR.

geforderte oberste Gutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses pflichtete dem Gutachten Dr. Magnus Hirschfelds bei. Es erklärte, Gerth habe sich im Augenblick der Tat in einem Dämmerzustand befunden. Zu dem gleichen Resultat kam auch das vom Gericht eingeforderte oberste Gutachten des Landesgesundheitsrats. In der gestrigen Gerichtsoverhandlung wollte Prof. Straßmann die Möglichkeit eines Dämmerzustandes nicht mit Unbedingtheit zugestehen, da Gerth die Einzelheiten seiner Tat wohl in Erinnerung habe; es handle sich eher um eine beginnende Geisteskrankheit. Dr. Frey, in Vertretung des Obergutachters und Prof. Förster in Vertretung des obersten Gutachters waren jedoch einstimmig der Ansicht, daß das Fehlen der Erinnerungsfähigkeit bei Gerth durchaus nicht einen alkoholepileptischen Dämmerzustand ausschließe. Alles in seiner Persönlichkeit und in seiner Entwicklung, das nachwandelte, das zahnfeinischen im Schlafe, seine kleinen epileptischen Anfälle im nüchternen Zustande und die schweren Anfälle im Alkoholzustande weisen darauf hin. Schließlich schilderte Dr. Frey die Alkoholexperimente, die in der Irrenanstalt Dalldorf mit dem Angeklagten vorgenommen wurden und die alkoholische Dämmerzustände hervorriefen, während der er verschiedene sinnlose wie auch planlose Handlungen beging, an die er sich am nächsten Tage wohl erinnern konnte. Die Sachverständigen gelangten zu dem Schlusse, daß Gerth seine Tat in einem Dämmerzustand begangen habe, und daß er bei der eigenartigen Wirkung, die auf ihn kleine Alkoholgaben auslösten, als gemeingefährlicher Geisteskranker bezeichnet werden muß. Heute finden die Plädoyers statt.

Die Explosion in Schöneberg.

Zu der bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilten Explosion in der Belfemerstr. 17 in Schöneberg erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Auf dem Grundstück Belfemerstr. 17 befindet sich eine Desinfektionsanstalt Vereinigte Lazarette G. m. b. H., wo auch gestern wieder alte Möbel, Portieren usw. vermittelst Schwefelkohlenstoffgas desinifiziert werden sollten. Zu diesem Zwecke wurden wie gewöhnlich größere Schalen mit Schwefelkohlenstoff aufgestellt, die durch Zutritt von Luft bzw. Sauerstoff verdampfen sollten. Jedenfalls müssen die Türen oder Fenster des Raumes nicht dicht genug verschlossen gewesen sein, so daß die Gase zu einem Nebenraum Zutritt fanden, in dem der 33jährige Tischler Bau Janus aus der Solmsstr. 43 arbeitete. Angeblich soll dieser bei der Arbeit geraucht und die äußerst explosiven Gase dadurch zur Entzündung gebracht haben. Die Wirkung der Explosion war zerstörerisch. Die Wände des Raumes und die Grundmauern im Keller stürzten ein und begruben 3. unter sich. Die Feuerwehre, die kurze Zeit nach der Explosion an der Unglücksstätte erschien, konnte den Verunglückten nur noch als Leiche bergen. Glücklicherweise trifft die Nachricht von weiteren Schwerverletzten nicht zu. Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Feuerwehre hatte bis 8 Uhr nachmittags mit den Aufräumarbeiten zu tun. Eine Brandwache verblieb an der Unglücksstelle. Der Schaden ist erheblich.

Der „nationale“ Keil.

Ein gewisser Kiehwetter, der sich „Herzoggebet“ nennt, hat die erste Nummer eines indistinkten Filmensationsblättchens herausgebracht, in dem für „Schwarzwehrtrotz, sogenannte nationale Filmkultur“ Reklame gemacht wird. Das ist für uns kaum erwähnenswert. Aber etwas anderes interessiert. Da ist in dem Blättchen eine Reklame — die einzige — einer „Arthur Keil G. m. b. H.“ mit Fernsprecher und Postfach in der Friedrichstraße: „Gewinnfähiges Kennzeichnungsmittel“ mit Einzahlungen täglich von 9 bis 5 Uhr.

Wie man sich noch erinnern wird, wurde ein gewisser Arthur Keil wegen übelster Erpressungsaffären und Wetttschwindelmanövern unanständigster Art, denen vor allem viele Arbeitslose und kleine Spärer zum Opfer fielen, in den Jahren 1922 bis 1924 zu insgesamt acht bis neun Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Sollte jener Verbrecher mit den Machern der Arthur Keil G. m. b. H. identisch sein? Wenn ja, so fragt man sich sehr erstaunt, warum die Justiz den gemeingefährlichen Herrn nach so kurzer Frist laufen läßt und ihm Gelegenheit

gibt, seine Schwindelaktionen von neuem in Szene zu setzen? Auf der vierten Seite des Blättchens findet sich ein zweispaltiger „redaktioneller“ Artikel über die „neueste Sensation von Berlin“, die „Entdeckung des gewinnfähigeren Wetttsystems“. Angeblich sind damit „dauernde Erfolge“ zu erzielen. In 16 Tagen sei ein 344prozentiger Gewinn erzielt worden. Die Reklame schrieb der „Hauptredakteur“ der famoseren journalistischen Reugebung. Auf Seite 2 wird Keil als „bekannter Sensationschriftsteller“ (!!) unter Fictidruck gekennzeichnet. Uns scheint, die Polizei hätte alle Ursache, sich mit Herrn Keils 344prozentigen Werten und seinem Reklameblättchen gründlichst zu beschäftigen. Was ist das? Es scheint ein neuer Rante-Schwindel im Anzuge. Ein Schwarzwehrtrotz ausgezogener. Wenn das keine Chance ist...!

Die städtischen Steuern.

Aus der Arbeit des Haushaltsausschusses.

Im städtischen Haushaltsausschuss sind die Beratungen über die endgültige Gestalt des Etats so gut wie abgeschlossen. Gestern vormittag wurden die letzten Kapitel in zweiter Lesung erledigt und am Nachmittag trat der Unter-ausschuss zur Beratung der Steuererteilung zusammen. Bei diesen Beratungen ist es gelungen, den Steuerbedarf soweit herabzusetzen, daß der Grundsteuerzuschlag nicht, wie der Magistrat wollte, mit 205 Proz., sondern nur mit 200 Proz. festgesetzt werden braucht.

Die Erhöhung der Hundesteuer auf 70 M. ist abgelehnt worden. Für das laufende Quartal soll überhaupt keine Erhöhung erfolgen; dagegen läßt sich vom 1. Juli ab die Erhöhung auf 60 Mark jährlich, also 15 Mark vierteljährlich nicht vermeiden. Bei der Wertzuwachssteuer wurde beschlossen, daß die in der Praxis fast immer vorgenommenen Ermäßigungen auf 20 Proz. fortfallen soll. Die Wertzuwachssteuer wird also in Zukunft mit 30 Proz. erhoben werden. Dadurch war es möglich, das bisher noch vorhandene Defizit von 5 Millionen Mark zu beseitigen. Die Kommunisten, Sozialdemokraten und das Zentrum werden aber bei dem Kapitel Steuern eine neue Grundsteuerordnung mit gestaffelten Sätzen beantragen, wonach der Höchstsatz für große Wohnungen auf 250 Proz. steigt, während kleine Wohnungen nur mit 100 Proz. Grundsteuerzuschlag erfasst werden sollen. Dadurch werden sie in Zukunft von der Umlage befreit sein. Am Montag wird sich das Plenum des Haushaltsausschusses noch einmal mit diesen Vorschlägen beschäftigen, nachdem vorher die Vertreter der Industrie- und Handelskammer auf Grund der geäußerten Bestimmungen gehört worden sind. Nach dem Ergebnis der gestrigen Beratungen kann man jedenfalls damit rechnen, daß der Haushalt am Dienstag unter Dach und Fach gebracht wird.

Verkehrszählung auf der Hoch- und Untergrundbahn. Die Hochbahngesellschaft veranstaltet in den Tagen von Sonntag, den 13. bis Samstag, den 19. Juni, wegen der Abrechnung mit den städtischen Bahnen auf dem Gesamtweg wieder eine Zählung ihrer Fahrgäste, bei der auch die Zahl der Fahrten auf Dauerkarten festgesetzt werden soll. Den Fahrgästen mit Dauerkarten wird zu diesem Zweck bei Fahrtantritt eine besondere Zählkarte ausgehändigt, die an der Sperre des Abgangsbahnhofs abzugeben ist. Die Direktion der Hochbahngesellschaft bittet alle mit Dauerkarten versehenen Fahrgäste, durch Befolgung der obigen Vorschrift die Durchführung der Verkehrszählung zu ermöglichen.

Das Hochwasser in Bayern. Die Hochwassergefahr in Bayern ist noch immer nicht überwunden. Nach einer amtlichen Meldung sind zum Schutze der Hochwasserdämme bei Deggenhof die Wasserwehre, die Feuerwehre und die Dämmevöllferung eingesetzt worden. Bis jetzt ist es gelungen, die Dämme zu halten.

Eine neue Fluglinie Hamburg-Berlin-Odessa wird von der Schlesischen Luftverkehrsaktiengesellschaft geplant. Verhandlungen mit den beteiligten Stellen sind bereits aufgenommen worden. Die neue Fluglinie würde als Nachtlinie betrieben werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

2. Kreis Tierenstein. Die Wählerlisten 9, 10, 11, 12, 13 werden erstellt. Ich zugleich mit dem Wahlleiter Freytag zu lesen auch die Lieferung der Geldscheine mit „Grosch“, „Vormärz“ für die Zeit vom 13. bis 20. Juni. Tassenlisten werden die Genossen gebeten, sich an der Wahlleiterbereitschaft zu beteiligen.
6. Kreis Kreuzberg. Arbeiterwohlfahrt: Treffpunkt zur Besprechung des Wochen-Erziehungsschirmes in Eichenstraße am Sonntag, 13. Juni, nachmittags 9 30 Uhr Hof, Nordstraße.
7. Kreis Charlottenburg. Die Sitzung der Jugendkommission WSZ heute, Sonnabend, aus. Nächste Sitzung am 10. Juli im Jugendheim Ruhne-Ustke 4. — Charlottenburg und Spandau: Juristische Gesellschaft heute, Sonnabend, nachmittags von 5 bis 6 Uhr im Jugendheim Ruhne-Ustke 4.
13. Kreis Tempelhof, Marienwerder, Marienwerder, Eichenstraße. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Einblendung unserer vorhergehenden Genossen Beumann nachmittags 5 Uhr heute, Sonnabend, am Hof, Tempelhof. Wir ermahnen zur Beteiligung. Das Komitee ist mitzubringen.

Heute, Sonnabend, den 12. Juni:

1. Wkt. 6 Uhr Flugblätterverteilung vor Sunja, Artilleriestr. 11, aus. Sonntag, den 13. Juni, Flugblätterverteilung ebenso. WSZ Genossen müssen unbedingt zur Stelle sein.
2. Wkt. 5 Uhr und Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 9 Uhr Flugblätterverteilung von Waltha, Quinestr. 10, aus. WSZ Genossen, die vom Wahlleiter erfasst werden, haben dort zu erscheinen.
3. Wkt. Die Wahlleiter kommen bei Waltha beim Wähler, bis zu Unterricht in der Wahlleiter geben, geordnet nach Stimmbereich und Nummer. WSZ Genossen besinneln sich an der Flugblätterverteilung heute, Sonnabend, 4 1/2 Uhr, bei Ricker, Steinmetzstr. 106, und am Sonntag, den 13. Juni, früh 8 Uhr, bei Waltha, Quinestr. 10, WSZ Wähler aus Stelle!
4. Wkt. WSZ Genossinnen und Genossen treffen sich zur Flugblätterverteilung 8 Uhr und Sonntag nachmittags 9 Uhr bei Bühner, Bismarckstr. 34, geht die Wählerlisten ein!
11. Wkt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zu einer Brieflich organisierten Demonstration nachmittags 7 1/2 Uhr am Schlesierpark Ufer. Sonntag haben sich alle Wahlleiter an der Flugblätterverteilung zu beteiligen. Von Ihren Wahlleitern nicht einzelne Wahlleiter haben sich 8 1/2 Uhr bei Berger, Rosenstr. 21, zu treffen. Erhalten in Pflicht.
15. Wkt. 4 Uhr bei Obello, Stralander Str. 21, wichtiger Flugblätterverteilung. Reiner darf fehlen.
23. Wkt. 5 und 6 Uhr Flugblätterverteilung von den Zahnfabrikanten aus.
24. Wkt. WSZ Genossen treffen sich zur Flugblätterverteilung: 1. Gruppe bei Bühner: 1a und 2. Gruppe bei Bühner: 3. Gruppe bei Bühner, Schlesierhöfen.
28. Wkt. 4 Uhr wichtiger Flugblätterverteilung von Meißlich, Weisenburger Straße 1, aus.
29. Wkt. Sellen für die Flugblätterverteilung Treffpunkt 5 Uhr bei Buch, Lindenstr. 2.
40. Wkt. 5 Uhr wichtiger Flugblätterverteilung von Heller, Nützenstr. 1, aus. Charlottenburg. 1. Wkt. 4 Uhr und Sonntag nachmittags 9 Uhr Flugblätterverteilung von den bekanntesten Inhabern aus. Jugend, Reichsbanner und alle haben politischen Mitteilern nehmen daran teil. — 54. Wkt. 6 Uhr und Sonntag nachmittags 9 Uhr: 3. Gruppe bei Bühnermann, Eichenstr. 10; 6. Gruppe im Jugendheim Ruhne-Ustke 4; 7. Gruppe bei Bauerl, Gerechthausstr. 2. — 8. Wkt. 5 Uhr Flugblätterverteilung: 1. bis 3. Gruppe von Eichenstr. 10; 4. Gruppe von Testowind, Eichenstr. 10, aus. WSZ Genossen müssen sich beteiligen.
62. Wkt. Diersenbald. WSZ Mitglieder haben die Flugblätter um 2 Uhr nachmittags am Sundheim abholen.
73. Wkt. Schwanenber. 7 Uhr bei Heller treffen sich die Genossen zur Einblendung des Wahlleiter-Treffpunktes und zur Flugblätterverteilung. Sonntag ab 10 Uhr treffen bei Heller.
80. Wkt. Spandauer. 5 Uhr ab Wahlleiterversammlung bei Schindlich.
81. Wkt. Wedding. Flugblätterverteilung von Kade, Sandbergerstr. 60—62, 5 Uhr nachmittags, aus.
82. Wkt. Steglitz. 5 bis 7 Uhr Flugblatt- und Materialverteilung bei Wirth, Tüppelstr. 7. Jeder Bezirk entsendet zwei Mann. WSZ Genossen müssen zur Stelle sein.

Amerikanische Rohstoffpolitik.

Monopolwirtschaft anstatt freien Warenaustausches.

Theorie und Praxis sehen oft verschieden aus. So auch in der Handelspolitik der Vereinigten Staaten. Vor nicht allzu langer Zeit hielt der amerikanische Staatssekretär für Handel, Herr Hoover, eine sensationelle Rede, in der er sich darüber beklagte, daß die Vereinigten Staaten nicht weniger als 800 Millionen Dollar jährlich für die Einfuhr solcher Rohstoffe oder Produktionsmittel bezahlen, die in ihren Erzeugungsländern einer mehr oder weniger monopolistischen Bewirtschaftung unterliegen, so Kaffee, Seide, Kaki, Kautschuk, Chinin, Quecksilber, gewisse Farbstoffe. Herr Hoover unterzog diese Kontrollbestrebungen einer scharfen Kritik, sagte, daß so etwas in seinem Lande schon auf Grund des Antitrustgesetzes nicht möglich wäre und forderte einen freien Warenaustausch im Interesse der Gesundung des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Das war die Theorie. Und wie sieht die Praxis aus?

Die Angst vor der Eisenkonkurrenz.

Wie erinnerlich, hat die amerikanische Regierung vor kurzem verfügt, daß auf deutsches Eisen und Eisenfabrikate Sonderzölle in Höhe der Exportrückvergütung der Rohstoffgemeinschaft an die Eisenarbeiter erhoben werden sollen. Naturgemäß wird diese Maßnahme eine erhebliche Schädigung der deutschen Eisenausfuhr und damit eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Eisenindustrie zur Folge haben. Und das geschieht in einem Land, dessen Eisenindustrie nach dem Urteil des Präsidenten des amerikanischen Stahltrusts, Mc. Gary, einen günstigen Stand aufweist, also in keiner Weise schußfähig ist; das Land, das aber durch den Dawes-Plan und durch seine besonderen Kapitalverbindungen (öffentliche und private Kredite) in erster Linie daran interessiert sein sollte, daß kein Glied des deutschen Außenhandels geschädigt wird. Aber diese Bestrebungen Amerikas, seiner Eisenwirtschaft den heimischen Markt zu sichern, sind noch gar nichts gegen seine Kontrollbestrebungen über diejenigen Rohstoffe, die es vollkommen monopolistisch-souverän beherrscht.

Monopolstellung in Kupfer und Baumwolle.

Das typische Beispiel moderner amerikanischer Rohstoffbewirtschaftung haben wir in der Kupfereisenerzeugung. Die Vereinigten Staaten erzeugen 54 Proz. des in der Welt gewonnenen Kupfers. Außerdem sind sie im Besitz der großen chilenischen Kupferbergwerke von Chuquibambilla, die von der „Chile Exploration Company“, einer Tochtergesellschaft der bekannten „Smelting and Refining Company“, erschlossen wurden. Nachdem nun vor kurzem auch die belgische „Union Minière du Haut Katanga“, Besitzerin der sehr ergiebigen Kupferminen in Belgisch-Kongo, sich dem amerikanischen Kupferkartell angeschlossen hat, kontrollieren die Vereinigten Staaten mit diesem Kupfertrust, der jetzt den Namen „Copper Trading Company“ führt, 90 Proz. der gesamten Weltproduktion von Kupfer. Ein ähnliches Monopol besitzen die Amerikaner in der Weltbaumwollwirtschaft, obwohl sie nur 56 Proz. der Gesamtproduktion dieses Rohstoffes liefern. Die monopolistische Stellung der Vereinigten Staaten in der Versorgung der Welt mit Rohbaumwolle erklärt sich aber daraus, daß die bedeutendsten Verbraucherländer Europas nicht allein in der Hauptsache den amerikanischen „Stapel“ verwenden, sondern daß auch z. B. in England die Maschinen der verarbeitenden Industrie fast ausschließlich auf ihn eingestellt sind. Eine Durchbrechung des amerikanischen Baumwollmonopols wird daher erst möglich sein, wenn die Bestrebungen der „Cotton Growing Association“, die Kultur der Baumwolle in allen dafür geeigneten Gebieten der Erde zu fördern, Erfolg haben werden.

Jinn, Petroleum und andere Rohstoffe.

Auch auf die Weltzinnwirtschaft versuchen die Vereinigten Staaten maßgebenden Einfluß zu nehmen. Zwar werden in den Straits Settlements und in holländisch-Ostindien, namentlich auf der Insel Banca, 57 Proz. der Weltproduktion an Zinn gefördert. Dann sind aber noch die bolivianischen Zinnminen zu berücksichtigen, die außerordentlich ergiebig zu sein scheinen. Und diese wertvollen Minen sind heute mit wenigen Ausnahmen in vorwiegend amerikanischen Händen. Das ist jene andere Methode der Eroberung. Kein Kampf mit den Waffen, sondern das zähe Ringen des Finanzkapitals um den Besitz des wertvollen Produkts, die berühmte „peaceful penetration“, friedliche Durchdringung! Man erwirbt Konzessionen, man beteiligt sich an der Erschließung ausichtsreicher Erzkorkommen. Auf diese Weise sind die reichen Petroleumfelder im Osten Boliviens bereits fast ausschließlich in die Hände der „Standard Oil“, des amerikanischen Petroleumtrusts, gekommen; so wurde die berühmte Banadium-Mine Perus, die Minas Ragra, die 95 Proz. des bisher bekannten Banadiums enthalten soll, gewonnen, und mit denselben Methoden versucht man sich auch bei der Erschließung der ungeheuer reichen Eisenerzlager Brasiliens „maßgeblich“ zu betätigen. Nicht umsonst belausen sich die amerikanischen „privaten“ Investitionen in Industrieunternehmen Lateinamerikas 1923 auf nicht weniger als 3,3 Milliarden Dollar, wovon freilich ein großer Teil auf Kredite an die europäische Industrie entfällt.

Die Wirkungen des Monopolstrebens.

Das aber ist das Axiom in der heutigen Weltwirtschaft: Während die Industriestaaten des alten Europas um den Abfall am Weltmarkt ringen, die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zunimmt, weil der Weltmarkt der Nachkriegszeit eben zu eng geworden ist für den europäischen Produktionsapparat, schließt Amerika, der Bankier und Hauptgläubiger Europas, der das größte Interesse an der endgültigen Gesundung der europäischen und damit der Weltwirtschaft haben sollte, langsam aber sicher seine handelspolitischen Pforten, während es gleichzeitig sich zum Herrn der Rohstoffbewirtschaftung zu machen sucht und auf den Gebieten, wo es ihm gelingt, ein Monopol errichtet. So kann es in erhöhten Rohstoffpreisen dem ausländischen Verbraucher das abnehmen, was nicht als Zoll auf eingeführte Fabrikate den Amerikanern zufließt. Am meisten betroffen wird von diesen handelspolitischen Maßnahmen

der Vereinigten Staaten Deutschland, für das der kaufkräftige und aufnahmefähige amerikanische Markt eine starke Hoffnung bedeuten würde, während so die Reparationszahlungen und die Zins- und Amortisationszahlungen für die öffentlichen und privaten Kredite in Frage gestellt werden.

Ein Protest der deutschen Industrie.

Das Präsidium des Verbandes der Deutschen Industrie hielt gestern unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Hilger und des Direktors Kraemer eine Sitzung ab.

Dabei wurde das Verhalten der amerikanischen Schatzamtsagenten auf deutschem Boden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die amerikanische Zollverwaltung unterhält in allen europäischen Staaten Bureaus und Agenten, die angewiesen sind, bei den nach Amerika exportierenden Firmen Untersuchungen über Preise, Kalkulationen, Produktionskosten und ähnliche rein interne Angelegenheiten des einzelnen Betriebes zu veranstalten. Die amerikanischen Agenten sind in der Lage, die von ihnen besuchten Firmen zur Beantwortung ihrer oft sehr weitgehenden Fragen zu zwingen, denn sie können nach dem amerikanischen Zollgesetz veranlassen, daß Firmen, die sich derartige Untersuchungen nicht gefallen lassen, von der Einfuhr ihrer Erzeugnisse in die Vereinigten Staaten ausgeschlossen werden. Dieses Druckmittel hat auch die Deutschen meist veranlaßt, die gestellten Fragen zu beantworten und Einsichtnahme in ihre Bücher und Korrespondenzen zu gewähren.

Allmählich ist aber in allen Ländern Europas, die von den Schatzamtsagenten heimgesucht werden, eine wachsende Erbitterung gegen die Agenten entstanden. Man bezeichnet vielfach diese Eingriffe ausländischer Beamte auf inländischem Boden als eine Verletzung der heimischen Hoheitsrechte. Die Internationale Handelskammer in Paris ist daher aus einer Reihe ihr angeschlossener Länder gebeten worden, gegen die Betätigung amerikanischer Schatzamtsagenten, denen sich übrigens in neuester Zeit auch australische Agenten angeschlossen haben, auf europäischem Boden öffentlich Protest einzulegen. Das Präsidium des Reichsverbandes hat beschlossen, gleichfalls in dieser Richtung einzumitteln.

Maschinenbau und Frankensturz.

Aus dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten ergibt sich, daß der Beschäftigungsgrad auch im Mai nicht wesentlich besser war als im Vormonat. So blieb der Beschäftigungsgrad der Textilmaschinenfabriken trotz geringer Zunahme der Aufträge ungenügend. Vermehrte Abschüsse werden verzeichnet im Pumpen- und Kompressorbau; ebenso auch im Walzwerkbau. Die Belegung, die hier in einzelnen Teilen der Maschinenindustrie festgesetzt werden kann, reicht aber nicht aus, um abgebaute Arbeitskräfte wieder einzustellen. Der gesamte Maschinenbau arbeitet derzeit verfürzt, daß lediglich eine geringe Heraushebung der verkürzten Arbeitszeit die Abwicklung der Aufträge ermöglichte. Für eine grundlegende Belegung des Geschäfts in den nächsten Monaten ist keine Aussicht. Auch Borratsanfertigung kommt in der nächsten Zeit kaum aber nur in geringem Maße in Betracht. Wie sehr der Maschinenbau von den Rohwarentarifen in Frankreich betroffen wird, davon zeugt folgende Bemerkung:

Die Ausfuhr nach Frankreich leidet unter dem in Frankreich erlassenen Ausfuhrverbot für fremde Devisen. Selbst bei Zugrundelegung des Pfundsturses ergibt die vorgeschriebene Auszahlung in Franken infolge seines stark wechselnden Kurses Ausfälle, die bei größeren Abschüssen nicht mehr tragbar sind.

Diese Bemerkung ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr Deutschlands Industrie an einer Sanierung des Frankenkurses interessiert ist. Es kommt hinzu, daß das Reparationsgeschäft im Mai fast zum Stillstand gelangt ist. Wenn die Absicht der französischen Regierung durchgeführt wird, in der nächsten Zeit mehr Sachlieferungen zuzulassen, die insbesondere für den Bedarf des Staates und der Kommunen bestimmt sind, so wäre wenigstens darin eine Stütze der industriellen Beschäftigung zu sehen.

Wie das Privatkapital an Gas und Wasser verdient. Daß in dem Gas und Wasser, das die Berliner Bevölkerung verbraucht und bezahlt, immer noch ein beträchtlicher Profit für privatrechtliche Unternehmungen steckt, dürfte nicht allzuweit bekannt sein. Das vielfache Versagen der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. hat den von ihnen versorgten Stadtteilen im vorigen Sommer und auch kürzlich wieder die größeren Vorteile städtischer Eigenversorgung empfindlich nahegebracht; und auch die Gasrechnungen wünscht sich manche Hausfrau noch niedriger. Gerade die Charlottenburger Wasserwerke und der Gasbetrieb sind aber die beiden Hauptbetriebe städtischer Versorgung, aus denen das Privatkapital noch beträchtlichen Gewinn zieht. Der Hauptagnierer ist die Deutsche Kontinentalgasgesellschaft in Dessau, ein riesiger mitteldeutscher Gaswerks- und Elektrizitätskonzern, der von der Deutschen Gasgesellschaft und der Gasbetriebsgesellschaft A.-G. Berlin rund zwei Drittel des Aktienkapitals besitzt und auch an der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. erheblich beteiligt ist. In Mitteldeutschland allein betreibt der Konzern 14 Gaswerke, 6 Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen sowie mehrere Fabriken. In großem Umfang beteiligt ist er an 7 Elektrizitätswerken, 4 Gas- und Gasbetriebsgesellschaften, Braunkohlen-, Wasser- und Asphaltwerken, sowie Maschinen- und chemischen Fabriken. Obwohl im Krieg Werte im Elsaß, Belgien, Rußland verloren gingen und obwohl der wichtigste und einträglichste Auslandsbesitz, die Gasanstalten in Warschau, noch unter polnischer Zwangsverwaltung stehen, war die Ausdehnung in den Kriegs- und Inflationsjahren gewaltig. Die Beteiligungen des Konzerns sind gegen 1913 allein mehr als verdreifacht. Das Aktienkapital ist gegen 1913 von 24 auf 60 Millionen erhöht. Der Eigenbesitz und die Beteiligungen sind aber so niedrig bewertet, daß

die Bilanz noch Platz hatte für 10 Millionen Mark ordentliche Reserven und 40 Millionen Mark Erneuerungs- und Abschreibungsreserven. Natürlich hat der Konzern für das Geschäftsjahr auch richtig verdient. Die Geschäftsberichte sprechen zwar davon, daß der Konzern schwere Umstellungskosten zu tragen hatte und daß die Städte und Verwaltungen auf Ermäßigung der Tarife und Erhöhung der Abgaben drängen, die Gewinnrechnung verzeichnet aber einen Reingewinn von 6,33 Millionen Mark (2,98 Mill. aus eigenen Betrieben, 2,74 Mill. Gewinne aus Beteiligungen, 0,33 Mill. Zinsen und 1,05 Mill. aus dem Vorjahr). Dem riesigen Abschreibungs- und Erneuerungsfonds von 40,84 Mill. werden aus dem Gewinn noch 2 Mill. hinzugefügt, so daß nach einer Dividende von 7 Proz. auf das nächste Jahr noch über eine halbe Million vorgetragen werden kann. Auch die sieben Herren des Aufsichtsrats kommen glänzend weg. Sie erhalten rund 112.000 M., also über 15.000 M. pro Kopf. 364 Gemeinden und besonders die Berliner Bevölkerung haben zu diesen Profiten des Privatkapitals beigetragen; wahrhaft ein erster Anlaß für alle, auf die Eigenversorgung der Städte und Gemeinden noch stärker bedacht zu sein als bisher.

Die Reichsbank am Tage der Diskontermäßigung. Der Reichsbankausweis vom 7. Juni fällt zeitlich mit der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6½ Proz. zusammen. Der Diskont selbst läßt keinen Zusammenhang mit der Maßnahme erkennen. Der Wechselbestand war mit 1240,3 gegen 1244,3 Millionen Ende Mai fast un verändert geblieben. Die Bestände an lombardierten Wertpapieren zeigen die für den ersten Wochenschluß des Monats gemachten Rückgänge, um 80,5 auf 6,3 Millionen, so daß sich der Rückgang der gesamten Kapitalanlage um 84,6 auf 1335,6 Mill. ganz überwiegend aus der Rückzahlung von Lombarddarlehen erklärt. Die Summe der an öffentliche Stellen weiter gegebenen Beschele ist mit 0,5 auf 38,2 Millionen nur ganz geringfügig erhöht. Die Kundeneinlagen auf Girokonten stiegen um 68,4 auf 647,4 Mill. Etwa diesen Veränderungen entsprechend hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankcheinen ermäßigt; der Reichsbanknoten- und Rentenbankcheinen-Umlauf ging um 83 auf 2794,9 Millionen, der Umlauf an Rentenbankcheinen um 62,6 auf 1310,6 Millionen M. zurück. Die Goldbestände blieben mit 1492 Millionen fast unverändert. Der Bestand an deckungsfähigen Devisen sank um 31,6 Millionen. Da aber der Rückgang der Deckungsbevisen kleiner blieb als die Abnahme des Reichsbanknoten- und Rentenbankcheinen-Umlaufs, konnte die Deckung des Noten- und Devisen-Umlaufs durch Gold und Devisen noch um 65,3 auf 66,1 Proz. steigen.

Ueberzeichnung der Reichsbahnleihe. Infolge des überaus großen Einanges auf die Zertifikate der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie IV der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat die Konfortalteilung die Zeichnung mit Ablauf des ersten Zeichnungstages geschlossen.

Besserung der Geschäftslage bei Bergmann. Wie wir von der Verwaltung der Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. erfahren, dauert die schon in unserem Gewerkschaftsteil erwähnte Neueinstellung von Arbeitern weiter an; ein Beweis, daß die Lage des Unternehmens sich gebessert hat. Das günstige Bild wurde noch verstärkt durch die Mitteilung in der Generalversammlung, daß die Liquidität des Unternehmens sich von Mitte bis Ende vorigen Jahres um 2 Millionen und von Januar bis heute um weitere 2½ Millionen verbessert habe. Die Gesellschaft habe erlangen, ob die Aufnahme einer langfristigen Anleihe zur Verbesserung der Liquidität empfehlenswert sei, habe sich dann aber entschlossen, die verhältnismäßig geringen Summen, welche sie als Betriebsmittel gebrauche, sich durch langfristige Kredite zu beschaffen, deren Zinshöhe mit der des Geldmarktes sich viel besser in Einklang bringen ließe. Die Entwidlung der Zinssätze beweise die Richtigkeit dieser Finanzgebarung.

Aus der Fensterglasindustrie. In der Generalversammlung der Deutschen Fensterglas-Aktiengesellschaft führte die Verwaltung über die Geschäftslage folgendes aus:

Die Absatzlage verbunden mit Preisrückgängen, denen der Flachglasmarkt seit einigen Monaten ausgesetzt war, scheint sich zu beheben. Natürlich sei eine wirkliche Besserung der Marktlage und damit der Verdienstmöglichkeit der Gesellschaft erst mit einer anhaltenden Belegung des Baumarktes zu erwarten. Günstig sei, daß anscheinend ein Zusammenschluß aller deutschen Tafelglas erzeugenden Hütten bevorsteht, der sichtlich vorteilhaft auf den Absatz wie auf die Preisentwicklung wirken dürfte. Es handelt sich hierbei, wie wir erfahren, um Preiskonventionen, die in Süddeutschland und in Ostdeutschland kurz vor dem Abschluß stehen. In Süddeutschland liegt bekanntlich der Hauptstandort der deutschen Tafelglasindustrie, Fürth.

Gegen die Erhöhung der Margarinezölle richtet sich eine Kundgebung der freien deutschen Margarine- und Kunstseifenfabriken. Eine solche Erhöhung, die den Margarinepreis schwer belasten würde, tritt ein, wenn der Handelsvertrag mit Schweden in Kraft gesetzt wird, ohne daß vorher eine Beibehaltung der Zollermäßigungen der freien Zollvorlage vom Reichstag beschlossen und von der Regierung durchgeführt ist.

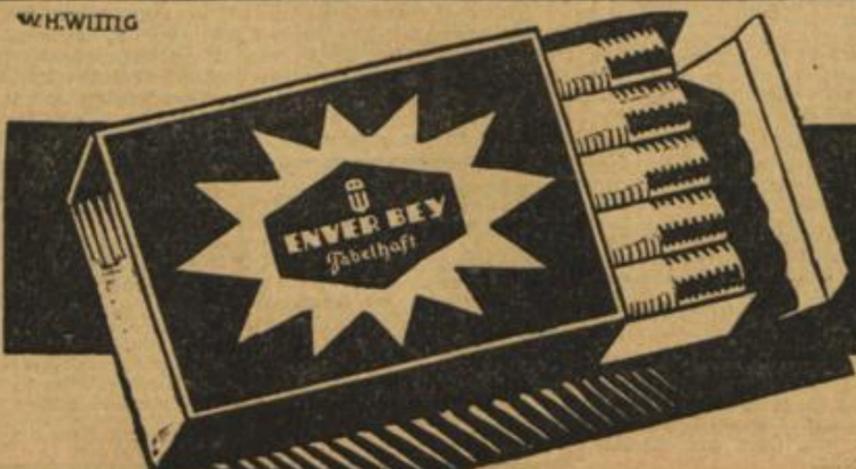
Deutsche Beteiligung am Wohnungsbau in Rußland. Der Zentralverband der Wohnungsgenossenschaften der Sowjetunion („Zentrosilsojus“) hat die seit einiger Zeit mit der deutschen Firma Paul Kessel u. Co., Bremen, über die Bildung einer Aktiengesellschaft für den Wohnungsbau geführten Verhandlungen nunmehr abgeschlossen. Der Vertrag wird der Sowjetregierung zur Bestätigung vorgelegt. Die deutsche Firma verpflichtet sich, ausländisches Kapital im Mindestbetrage von 3 Millionen Rubel für die Bereitstellung von Baumaterialien zur Errichtung von Einheitshäusern heranzuziehen. Die Bauarbeiten sollen ausschließlich auf mechanischem Wege durchgeführt werden. Bei Zustimmung der Sowjetregierung sollen die Bauarbeiten bereits Mitte Juli beginnen.

HAG

Selbst starke Aufgüsse von Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, verursachen keine Störung des Allgemeinbefindens oder der Herz-tätigkeit, weil das Coffein fehlt.

Erste Mediz. Klinik der Charité Berlin

W. H. WITIG



ENVER BEY

Fabelhaft 30

Qualität konkurrenzlos

Zwölf Jahre Zuchthaus.

2] Novelle von Magdalena Eisenberg.

Der anheimliche Fremde machte eine kleine Pause, fuhr aber bald fort:

„Ich hätte mich nun um weiter nichts gekümmert, wenn der — Schußmann vernünftig gewesen wäre. Als ich aber sah, daß er seit überzeugt war, Sie seien der Mörder, trat mein zweiter Grund in Wirkung. Ich wußte, was Ihnen drohte, und meine Mut gegen den Fanatismus, den seelische Blindheit so oft in ungeahnt verderblicher Weise begleitet, packte mich wieder einmal und ich stürzte, als ich sah, daß Sie selbst die Gefahr erkannten und Hilfe riefen, mit voller Ueberlegung vor, um Sie zu retten. Können Sie das verstehen?“

Herbert Steinmann schüttelte langsam den Kopf.

„Nein,“ sagte er, „verstehen kann ich es nicht. Aber nicht-destoweniger muß ich Ihnen danken. Ich kann mir jetzt gar nicht den Kopf zerbrechen, warum Sie so selbstlos gehandelt haben, während Sie mir kurz vorher verraten haben, daß Sie selbst an dem Ueberfall des Kommerzienrates beteiligt gewesen seien, was ich schwer glauben kann. Aber ich bin so froh, der Gefahr entronnen zu sein, daß mir das alles einstweilen egal ist. Ich kann Ihnen nur danken.“

„Und ich will Ihnen auch meine Gründe nicht weiter auseinandersetzen,“ sagte nachdenklich der Fremde, „nehmen Sie dies Erlebnis lieber als eine schöne Erinnerung an eine — edle Tat, wie Sie Ihnen erscheinen muß, in Ihren Alltag mit. Ich bin dabei ja nicht eitel, da Sie mich nicht kennen und wir uns wohl nicht wieder begegnen werden.“

„Sie sind ein Rätsel,“ erwiderte Herbert, „und nun machen Sie Ihre Bert vollkommen und sagen Sie mir, was ich jetzt tun soll, um nach Hause zu kommen und allen weiteren Verfolgungen zu entgehen.“

„Die Sache ist sehr einfach. Ich bringe Sie — aber ich brauche Sie gar nicht zu führen. Sie erkennen wohl selber schon dort hinten den Bahnhof, nicht wahr?“

Der Gefragte blickte kritisch in die Ferne und ließ seine Blicke auch in der Umgegend herumirren.

„Ja,“ sagte er dann, „ich bin schon im Bilde und finde den Weg.“

„Dann gehen Sie spornstreichs nach Hause,“ entgegnete der andere, „und kümmern sich um nichts. Man wird Sie nicht belästigen. Im Halbbunzel der Klosterstraße hat man kein so genaues Bild von Ihnen bekommen, um Sie morgen, wenn Sie harmlos lächelnd das Spazierstöckchen durch die Luft wirbeln und auf die Promenade gehen, als den vermeintlichen Verbrecher wiederzuerkennen. Leben Sie wohl.“

Da erhob sich Herbert Steinmann mit schweren schlatternden Gliedern, griff ins Gras nach seinem Hut, tastete und fand ihn nicht. Er lächelte und fühlte sich plötzlich wie gelähmt im Bewußtsein der entsetzlichen Tatsache, daß er den Hut verloren hatte, der zum Verwärtler werden mußte, weil er seinen Namen enthielt.

Der Fremde machte ein ernstes Gesicht.

„Aber wo nur?“ sagte er bedenklich. „Wo haben Sie ihn verloren? Als Sie zur Leiche kamen, hatten Sie einen Hut auf dem Kopf, das weiß ich genau, ich sehe noch Ihre Silhouette deutlich vor mir. Aber dann, als ich Sie heraussah — Donnerwetter, können Sie sich nicht mehr besinnen, ob Sie den Hut noch hatten, als ich Sie einholte?“

„Nein,“ stammelte Herbert, „ich weiß es nicht,“ und Verzweiflung malte sich auf seinem Gesicht aus.

„Teufel,“ knurrte der andere, „auch ich kann mich nicht besinnen, ob Sie mit oder ohne Hut waren, als ich Sie überholte, ich weiß es beim besten Willen nicht. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach haben Sie ihn in der Klosterstraße verloren. Das ist schlimm.“

Steinmann griff mit der Rechten nach dem Arm des Unbekannten. Er mußte sich stützen. Jäh Schwäche fühlte er in den Knien.

„Ja,“ stotterte er mit klappernden Zähnen, „ich muß ihn gleich zu Anfang verloren haben, als ich mit dem Schußmann kämpfte. Später wäre es mir doch aufgefallen. Mein Gott, was tu' ich jetzt? Wo soll ich hinfliehen?“ Seine eisigen Finger trallerten sich um den Arm des Fremden. „Denken Sie doch, wie groß jetzt der Verdacht sein muß, wenn man mich fände, und Sie — Sie können doch auch nicht als Entlastungszeuge für mich auftreten, wenn die Polizei Sie sucht. O-wei! fürchterliche Situation! — Raten Sie mir doch, soll ich flüchten? Oder soll ich mich der Gefahr eines Gerichtsverfahrens aussetzen? Ach diese Schande, diese Blamage! In allen Zeitungen wird es stehen.“ Und er dachte mit tiefstem Schmerz an Waldtraut Ebeling, deren Vater ihm solch eine öffentliche Bloßstellung nie verzeihen würde. Und wieder wandte er sich an den Unbekannten: „Können Sie mir doch, was soll ich tun?“

Bittere Ironie lag um den härtigen Mund des Fremden.

„Ach die Ehre, die Ehre!“ höhnte er. „Wir sind ja gar nicht Herr unserer Ehre und man lebt auch so. — Aber was Sie tun wollen? Fliehen hat keinen Sinn, wenn Sie nicht unter Ihr ganzes bisheriges Leben einen Strich machen und irgendwo unbekannt ein neues beginnen wollen, und das wollen Sie wohl nicht, wie?“

Herbert Steinmann dachte an Waldtraut und sagte leise:

„Nein. — Aber man kann mich doch nicht verurteilen, wenn ich nun einmal nichts getan habe. Wenn ich den Richtern sage, daß ich durch einen mir unbekanntem Mann ...“

Ironisches Lachen unterbrach ihn:

„Aus mir wollen Sie den großen Unbekannten machen, lieber Freund? Nein, wenn vor Gericht etwas lächerlich wirkt und den Angeklagten sofort mit dem stärksten Verdacht belastet, so ist es diese übliche Ausrede der Unerfahrenen. Glauben Sie mir, Sie entgehen der Beurteilung nicht, wenn ...“

„Wem?“ rief Herbert wie auf der Folter.

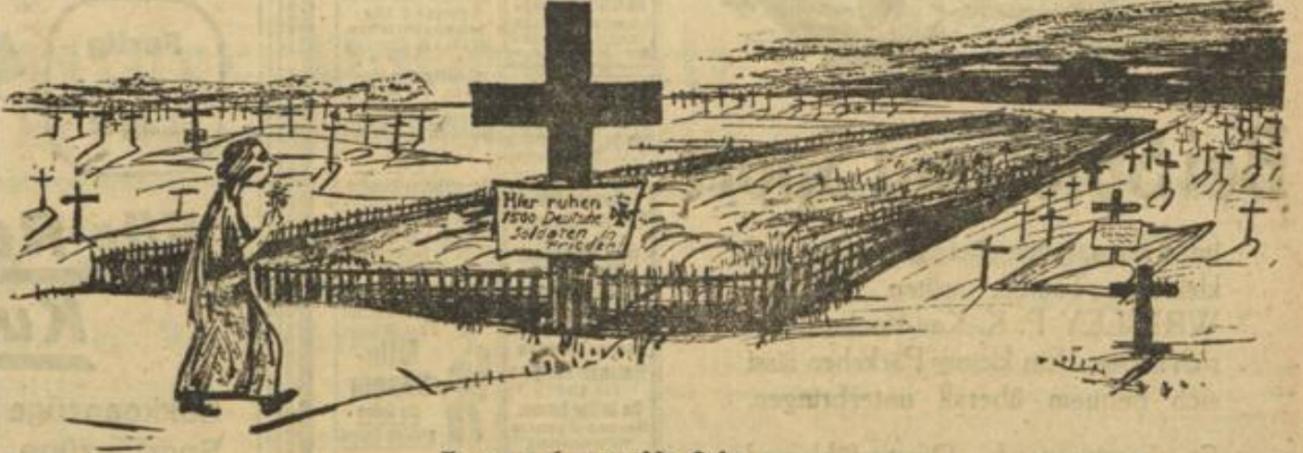
„Wem?“ schloß der andere langsam, „ich Sie nicht herausrette.“

Zweifelgequält versuchte Herbert Steinmann dem Sprecher in die Augen zu blicken. Allein die waren von dem großen Hute tief beschattet.

Aber der Unbekannte legte jetzt den Arm um ihn wie um einen willenlosen Knaben und zog ihn mit sich fort:

„Gehen Sie getroßt nach Hause,“ sagte er mit seltsam erzwungener Ruhe. „Macht hat nicht den geringsten Sinn und Zweck. Sie sind in diesem Augenblick schon so gut wie gefangen. Auch ich kann Ihnen da nicht helfen, und ich mag nicht einmal wünschen, daß unsere Polizei weniger tüchtig wäre. Aber das ist wie gesagt auch nicht nötig. Gehen Sie getroßt nach Hause und lassen Sie alles auf sich zukommen. Vielleicht ist Ihr Hut — es gibt auch solche Fälle — gar nicht gefunden, und dann wird Ihnen nichts geschehen. Sollten Sie aber verhaftet werden, so seien Sie unbefangt. Sagen Sie den Richtern, was die Dinge liegen, und verschweigen Sie getrost, was

Abfindungen.



Jenen gab man die Erde — — —



während diese für sich den Himmel beanspruchen.

Ihnen nach Ihrer Meinung im Ansehen schaden könnte und was mit dem Todesfall nichts zu tun hat. Lassen Sie es unbefangt zum Äußersten kommen. Ich schwöre Ihnen, daß ich im entscheidenden Moment Sie herausheulen werde, wie ich Sie aus den Händen des Schußmannes heraushaute. Und Ihre Ehre soll dabei nicht vor die Hunde gehen.“

Herbert Steinmann fühlte noch einen starken Händedruck, und bald war der Unbekannte wieder im Walde verschwunden.

Wie in Hypnose befolgte Herbert mechanisch den Rat und ging langsam nach Hause. Bismweilen wollte es ihm auf diesem Heimweg so scheinen, als habe er die Begegnung mit dem Fremden nur geträumt und als hätten die Erlebnisse der letzten Stunden überhaupt keine Realität.

Unbehindert gelangte er in seine Wohnung und wollte sich, übernächtigt, mit einem befreienden Lächeln ins Bett legen, als die Klinge seines Zimmers herabgedrückt wurde und sofort ein Poltern an die geschlossene Tür erfolgte mit den drohenden Worten:

„Öffnen Sie! — Im Namen des Gesetzes!“

Da sank alle Hoffnung ins Nichts. Er mußte jäh: Hut gefunden, Namen im Innenleder entdeckt, Verhaftung, Gericht und ...?

Und nun kam alles, wie Herbert Steinmann es gefürchtet hatte, als der Polizeibeamte ihn am Tatort in Haft nehmen wollte: Unersuchungshaft, Zeitungsberichte, Verhöre usw. Die Beweise häuften sich. Sie rundeten sich zu einem Ganzen, schlossen sich Glied an Glied zu einer Kette zusammen, die dem Angeklagten zum Todesstrich werden mußte.

Es stellte sich heraus, daß Herbert Steinmann zwar in Dienst und Beruf bisher ein zuverlässiger und fleißiger Mensch gewesen, daß er aber seit einiger Zeit sich heimlich dem Spiel ergeben hatte und an jenem verhängnisvollen Abend zu einem drängenden Gläubiger gegangen war, um Aufschub für eine Spielschuld, die zu zahlen er sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, zu erlangen, damit jener die Angelegenheit nicht in Bekanntenkreisen des Angeklagten bekannt mache. Steinmann hatte den gewünschten Aufschub für eine Woche erhalten und war mit auffallender Zuversicht fortgegangen, gleichsam, als ob er nur einige Zeit brauchen würde, um sich in den Besitz der Geldmittel zu setzen.

„Warum waren Sie so zuversichtlich?“ fragte der Vorsitzende des Schwurgerichts.

„Ich hoffte, in den nächsten Tagen im Spielen mehr Glück zu haben.“

Ein Lächeln, Kopfschütteln, Raunen im ganzen Saal.

„Und sonst hatten Sie keine Hoffnung?“

Herbert Steinmanns Augen suchten Waldtraut, die sich unter den Zeugen befand. Seine Augen fragten. Und in den ihren lag Furcht.

Da sagte er zu dem Richter:

„Ich hoffte auch, mich inzwischen in meiner Stellung zu verbessern und meinen Chef ins Vertrauen zu ziehen, ihn um ein Darlehen zu bitten und nie mehr zu spielen.“

„Das ist ja sehr lobenswert,“ sagte der Richter, aber seinen Mund umspielte ein ungläubiges Lächeln, und er sah rund um sich herum nur Zustimmung zu seinem Witztrauen.

Herbert Steinmann verzweifelte. Wo blieb denn der Unbekannte? Und eine fürchterliche Angst packte ihn. Was, wenn jener nicht käme? Und konnte er überhaupt kommen? Es war ja Wahnsinn, so etwas

zu erwarten. Ein von der Polizei gesuchter Zuchthäuser sollte sich in diesen Raum begeben?

Und der Angeklagte, der so schreckliche Wochen seelischer Folter hinter sich hatte, lachte hysterisch auf, aus seinen Gedanken heraus. Der Richter stieg. Das Publikum murmelte.

Streng klang die Stimme des Vorsitzenden:

„Sie wußten, daß sich in der Hempelstraße, die in die Klosterstraße einbiegt, ein geheimer Spielklub befand.“

„Ja.“

„Wußten Sie denn nicht, daß der Ermordete auch zu jenem Klub gehörte?“

„Nein.“ Hilflos verstört ließ Herbert seine Blicke durch den Saal irren. Sie tasteten die Zuschauermenge ab. Argendwo unter ihnen mußte sich doch jener Fremde zeigen, denn der Ring der Belastungen gegen ihn schloß sich verhängnisvoll.

Und in der Tat hatte der Staatsanwalt leichte Arbeit. Er führte aus, wie Herbert Steinmann, ein heimlicher Spieler, dem man alles zutrauen konnte, in jener Nacht dem Kommerzienrat Werentzin, von dem er wissen mußte, daß er dem geheimen Spielklub angehörte und viel Geld besaß, in der stillen Klosterstraße aufgelauert, erstochen und beraubt hatte. Wie er dann gegen den Beamten der Schutzpolizei, der ihn verhaftete, gewalttätig geworden und schlägig geworden sei, um den Raub in Sicherheit zu bringen. Und wie er dann, nachdem er sich des Raubes entledigt, mit ungläublicher Frechheit in der Morgenfrühe seine Wohnung aufgesucht und sich zu Bett begeben habe und unentwegt die Methode raffinierter Verbrecher, nämlich die Methode konsequenter Zeugens bis zum letzten Augenblick durchgeführt und den Richtern aus dem Volke, vielleicht mit ihrer Unerfahrenheit in kriminellen Angelegenheiten rechnend, die bekannte Geschichte vom „großen Unbekannten“ aufgetischt habe.

(Schluß folgt.)

Seit wann kennt man die Stunde? Ursprünglich maßten die Menschen die Zeit bekanntlich nach der Länge der Schatten. Im 5. Jahrhundert vor Chr. begannen jedoch die alten Griechen die Zeit mit Hilfe von Wasseruhren zu messen, die in der Weise hergestellt waren, daß innerhalb eines gewissen Zeitabschnittes eine gewisse Menge Wasser durch ein feines Loch gleichmäßig abtropfte. Diese Uhren waren so fein, daß man mit ihnen sogar den Puls messen konnte. In Verbindung mit diesen Wasseruhren hat Plato, der berühmte Philosoph, einmal auch eine automatische Weckeruhr konstruiert. Im diese Zeit war es nun, daß man den Begriff der Stunde und der Stundeinteilung annahm und anwandte. Nach den Mitteilungen von Diels findet sich das Wort „Stunde“ in seiner zeitbestimmenden Bedeutung zuerst bei Aristoteles, und zwar in seinen Homerischen Problemen. Die Einführung der Stunde erfolgte demnach etwa zur Zeit Alexanders des Großen, also im 4. vorchristlichen Jahrhundert.

Vom Honig zum Zucker. In früheren Jahrhunderten war der Zucker unbekannt. Man versüßte die Speisen meist mit Honig. Zwischen diesen beiden Süßstoffen besteht ein eigenartiger Unterschied, den erst die Forschung der letzten Jahre entdeckt hat. Der Honig enthält nämlich die zum Gedelhen des Körpers unentbehrlichen Vitamine, während der durch Menschentunst hergestellte Zucker keine Spur davon hat. Es handelt sich hierbei um das Vitamin „B“, dessen Mangel unter Nervenzustufen anzureißt, zu Nervenentzündungen wie die Beri-Beri-Krankheit führt. Der allgemeine Gebrauch von Zucker kann also sehr wohl mit Schuld haben an unserer abendländischen Nervosität. Als Ersatz für den selten vorhandenen Honig kam in Hinsicht auf seine Vitaminstirkung genannt werden: Spinat, Tomaten, Grünkohl, Eier, Leber, Rülfe.

